Nummer 52 Berlin, 24. Dezember 1932 50. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750–6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Reichstag und Regierung beginnen

Der neue Reichstag hat seine Arbeit begonnen, ohne von der gleichfalls neuen Regierung gehört zu haben, was diese zu tun gedenkt. Das ist eine Seltsamkeit, die nur in dem Lande zu finden ist, wo bekanntlich alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Bei dieser Kleinigkeit hat sich jedoch die Volksvertretung nicht aufgehalten, sondern sich ohne Zeitverlust an die Arbeit gemacht. Sie hat sich vor allem bemüht, die spitzigsten Scherben des ansehnlichen Bruchhaufens, den die Regierung der Barone hergerichtet, aus dem Wege zu räumen. Zunächst wurde eine ziemlich umfassende Amnestie mit außerordentlich großer Mehrheit beschlossen, so daß sich allernächstens für Zehntausende die Gefängnistore öffnen. Damit wird, sofern der Reichsrat nicht noch Schwierigkeiten macht, unsere in letzter Zeit immer lieblicher gewordene Strafjustiz einigermaßen korrigiert. Sodann wurde die Ermächtigung ausgewischt, die sich der verflossene Verkünder des autoritären Staates zu dem Zwecke besorgt hatte, das mühsam geschaffene Werk der Sozialversicherung zu „reformieren". Somit ist der Gefahr vorgebeugt, daß das für die Arbeiter unendlich segensreiche Werk über Nacht von einer Junkerfaust vermurkst wird.

Ein für die gesamte Lohnarbeiterschaft äußerst wichtiger Entschluß des Reichstags ist die Aufhebung der lohnpolitischen Verordnung vom 5. September, die bekanntlich den Tariflohn zerschlagen hat. In dieser für alle Arbeiter bedeutsamen Sache heißt es im Reichsanzeiger, die Verordnung tritt „hinsichtlich ihres ersten Teils am 31. Dezember 1932, im übrigen am 31. Januar 1933 außer Kraft". Wenn aber ein Unternehmer nachweist, daß er Aufträge hat, „deren Erledigung ihm bei Wegfall der Tariflohnunterschreitung erheblichen Schaden verursachen würde, so kann auf seinen Antrag der Schlichter für den Betrieb oder die Betriebsabteilung mit bindender Wirkung anordnen, daß die Berechtigung oder Ermächtigung zur Tariflohnunterschreitung unter den bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen bis zum 31. Januar 1933 bestehen bleibt". So tritt denn, abgesehen von der eben erwähnten Einschränkung, der Tariflohn wieder voll in Kraft. Es ist mithin eines der beachtenswerten Meisterstücke der „grundsätzlich neuen Staatsführung" dorthin geflogen, wo es hin gehört.

Daß diese Korrekturen der Papenschen Staatskunst so prompt vorgenommen wurden, ist insonderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu verdanken. Sie hat es, was hier gar nicht gesagt zu werden braucht, nicht bei den oben erwähnten Verbesserungen bewenden lassen, sondern etliches mehr beantragt. Daß nicht auch dies beschlossen wurde, ist auf die Vertagung des Reichstags zurückzuführen, für die sich eine Mehrheit fand. Die sozialdemokratische Fraktion muß darum ihr heilsames Werk zunächst in den Ausschüssen des Parlaments weiterführen, was denn auch nachdrücklichst geschieht. Ihre Kraft war die letzten Tage vornehmlich auf eine umfassende Winterhilfe für alle öffentlichen Unterstützungsempfänger und Rentner gerichtet.

Unter den Anträgen der Fraktion verdient der besonders erwähnt zu werden, der sich mit der Bezahlung der Schwerverdiener befaßt. Die Fraktion fordert, daß in den öffentlichen Betrieben und auch in den privaten, die irgendwie mit öffentlichen Mitteln subventioniert werden, das Jahresgehalt 12 000 M nicht überschreiten darf. Über die Dringlichkeit dieser Forderung dürfte bei der überwältigenden Mehrheit des Volkes kein Zweifel bestehen. Mit einem solchen Antrag hätte Ernst gemacht werden müssen, ehe jemandem gestattet worden wäre, von Kürzung der Arbeiterlöhne zu reden.

Damit müssen wir es heute genug sein lassen mit dem Tun und Streben der Volksvertretung, um uns der neuen Regierung zuzuwenden. Wie sie sich ihre Aufgabe vorstellt, hat der Reichskanzler von Schleicher am Abend des 15. Dezember im Rundfunk kund und zu wissen getan. Der neue Reichskanzler hat sicherlich geneigtere Ohren als seine beiden Amtsvorgänger gefunden, vornehmlich wohl, weil man von ihm noch nichts weiß, was die Geneigtheit zu vermasseln vermag. Auch war er klug genug, nicht vormärzliche Schnurrpfeifereien vorzutragen, weil jetzt nachgerade alle Volksschichten von Wichtigerem bewegt werden.

Herr von Schleicher erklärte, das Wirtschaftsprogramm seines Vorgängers, des „Ritters ohne Furcht und Tadel", weiterführen zu wollen. Bissiger ist, was nebenbei bemerkt sei, der gestürzte Herrenreiter noch nie gekennzeichnet worden. Als Hauptaufgabe werde die Regierung die Arbeitsbeschaffung betrachten, wobei das Schwergewicht auf die Belebung der Privatwirtschaft gelegt werden soll. Das ist freilich ein kühnes Unterfangen, wozu dem Reichskanzler viel Glück gewünscht werden muß, denn das hat er dabei sehr nötig. Aber es soll auch die öffentliche Arbeitsbeschaffung mehr als bisher betrieben werden. Experimente mit der Verfassung sollen unterbleiben, weil jetzt das Volk andere Sorgen habe. Diese Versicherung, die als Wink mit dem Zaunpfahl für den „Ritter ohne Furcht und Tadel" buchstabiert werden kann, hat zweifelsohne allseitig beifälliges Kopfnicken gebracht. Im übrigen solle die neue Regierung nach ihren Taten beurteilt werden.

Immerhin, wenn der Schein nicht trügt, dann wird es der neue Reichskanzler etwas geschickter anfangen als sein Vorgänger. Es wird, wenn man sich nicht völlig irrt, nicht gleich einen Amoklauf auf politischem oder verfassungsrechtlichem Gebiet geben. Es wird versucht werden, die parteimäßigen Gegensätze möglichst auszugleichen — um das Papensche Programm erfolgreicher durchführen zu können als dessen Vater es vermochte. Auf diese Absicht deutet ja auch die Tatsache hin, daß das neue Kabinett fast die ganze Belegschaft des alten birgt.

Alles dies und noch einiges andere muß die Arbeiterschaft bestimmen, die Tätigkeit der neuen Regierung mit aller Aufmerksamkeit und keiner Illusion zu verfolgen. Mit keiner Illusion besonders. Das Problem der Probleme ist die Arbeitslosigkeit. Von der Art, wie dieses gelöst wird, werden auf Jahre hinaus die politischen Machtverhältnisse oder Verschiebungen im wesentlichen bestimmt. In dieser alle gesellschaftlichen und politischen Dinge schwer beschattenden Sache mit Schlauheit etwas ausrichten zu wollen, wäre schlimmer als töricht. Selbst wenn die Regierung ganz willens und entschlossen wäre, was erst noch zu beweisen ist, das weltgeschichtliche Problem zu lösen, es würde ihr nicht gelingen, weil sie dazu die Grundlage, die kapitalistische, umstürzen müßte, worauf sie steht. Das wird niemand von einer Regierung erwarten, die einen Kanzler-General an der Spitze hat.

Dies weiß natürlich auch die Schicht, der Herr von Schleicher und seine Minister entsprossen. Sie dürfte sich kaum über die Gefährlichkeit der Situation einer Täuschung hingeben. Sie muß daher trachten, Zeit zu gewinnen und weitere Mittel zur Weiterführung ihrer arg bedrohten wirtschaftlichen Existenz. Damit dies gelingt, müssen vor allem die Gegenkräfte, muß die sozialistische Arbeiterschaft moralisch wie zahlenmäßig geschwächt werden. Dieses liebliche Ziel war dem Chef des Kabinetts der Frontsoldaten, Herrn Brüning, gestellt. Und wie weit es ihm gelungen ist, wissen wir alle. Dank des Brüningschen Erfolgs konnten der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft milliardenschwere Erhaltungsmittel zugeführt werden. Darin soll fortgefahren werden. Das scheint uns trotz aller Verbrämung die Hauptaufgabe der neuen Regierung, die als die Regierung der „reformistischen Reaktion" bezeichnet wird. Wie weit dieser die große Aufgabe aller kapitalistischen Regierungen gelingt, bleibt abzuwarten. Währenddessen hat die Arbeiterschaft sich ganz auf ihre eigenen Aufgaben zu werfen. Sie darf sich dabei nicht stören oder hemmen lassen von irgendwelchem Singsang, bestimmt nicht von einem reformistisch-reaktionären. Das sei so entschieden wie nur möglich betont.

Wer trägt in Deutschland die Steuerlast?

Die Ausgaben des Reiches wurden zwar in der Krise gedrosselt, sie sanken trotzdem langsamer wie das Volkseinkommen. Zur Zeit wird mindestens ein Drittel des Volkseinkommens in Form von Steuern an das Reich abgeführt. Wer trägt diese gewaltigen Steuern? Neuerdings stellt eine Untersuchung im „Wirtschaftsdienst" (Heft 46) von Dr. Herbert Groß ausdrücklich fest, daß heute „die finanziellen Lasten der deutschen Finanzpolitik die Masse trägt" und daß „die direkte Besteuerung gegenwärtig mehr und mehr zur Massenbesteuerung umgebildet ist". Bezeichnend für diese Tatsache ist die gewaltige Steigerung des Anteils der Verbrauchssteuern an den Steuereinnahmen des Reichs. Ihr Anteil betrug im ersten Halbjahr 1931 35 vH, im ersten Halbjahr 1932 ist er auf 40,9 vH gestiegen.

Diese Verbrauchssteuern belasten zudem den unentbehrlichen Lebensbedarf der Massen, verschonen jedoch weitgehend den Konsum der Reichen. So wird zum Beispiel in der erwähnten Arbeit aufgeführt, daß allein die Besteuerung der teuren Weinsorten Mehreinnahmen von 50 Millionen Reichsmark bringen könnte. Die Umsatzsteuer, die in letzter Zeit von 0,85 auf 2 vH erhöht wurde, trägt gegenwärtig infolge der gleichzeitigen Einführung einer Ausgleichssteuer auf eingeführte Waren den Charakter einer ausgesprochenen Verbrauchssteuer. Der Anteil der Umsatz- und Transportsteuern an den Steuereinnahmen des Reiches stieg von 16 vH im ersten Halbjahr 1931 auf 22,1 vH im ersten Halbjahr 1932. Umsatz- und Verbrauchssteuern lieferten im laufenden Jahr 63 vH der Staatseinnahmen. Was dann noch an Staatseinnahmen übrig blieb, wurde überwiegend aus der Lohnsteuer und der Gehaltssteuer auf kleine Einkommen geliefert. Lohnsteuer und Krisenlohnsteuer zusammengenommen brachten im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1931 nur 127 Millionen M weniger. Demgegenüber ist die auf Grund von Steuererklärungen veranlagte Einkommensteuer einschließlich des Krisenzuschlags von 464 Millionen auf 281 Millionen M, das heißt um über 40 vH, zusammengeschmolzen. Die Realsteuern wurden abgebaut, die höheren und die hohen Einkommen blieben steuerlich weiter geschont. Der Bezieher eines Einkommens von 8000 M wird zum Beispiel zum gleichen Steuersatz herangezogen wie ein solcher von 4000 M, obwohl bei der in der Krise eingetretenen allgemeinen Einkommensschrumpfung der Unterschied der Steuerkraft eines Einkommenbeziehers mit 4000 M Jahreseinkommen und eines andern mit 8000 M noch viel größer ist als zuvor.

Bezeichnend für diese massenfeindliche Steuerpolitik ist auch die Erhöhung der Mineralölzölle und die gleichzeitige Senkung der Ausgleichssteuer auf inländische Mineralöle. Wird jetzt von der Sozialdemokratie die Wiederherstellung der früheren sozialen Leistungen gefordert, so kann diese Forderung auch mit dem Hinweis unterstützt werden, daß auch die Staatseinnahmen fast in ihrer Gesamtheit von den Arbeitern stammen. Diese Tatsache läßt aber auch die Forderung rechtfertigen, den Besitz stärker als bisher zu belasten und ihm zur Bestreitung der dringendsten sozialen Aufwendungen Notsteuern aufzuerlegen.

Mehr Lohn!

Doktorei an den Nebenübeln — Das Geschäft folgt der Lohntüte

I.

Die Existenz des Kapitalismus wird weniger durch die Tatsache in Frage gestellt, daß er einer wachsenden Zahl von Millionen Menschen Beschäftigung und Brot nicht mehr zu geben vermag. Es ist vielmehr seine Unfähigkeit, sich selbst aus der Krise herauszuhelfen, was seinen weiteren Niedergang und sein Verschwinden verbürgt. In den drei Jahren seines ununterbrochenen Abstiegs hat er wohl das geschäftliche Leichenfeld immer mehr erweitert; aber er hat keinen Hoffnungsstrahl zu entfesseln vermocht. Er ist völlig außerstande, neue Ideen zu gebären. Der Kapitalismus ist nicht nur in einer wirtschaftlichen Krise, sondern auch in einer geistigen. Und wenn behauptet werden sollte, die letztere sei die größere, so würde es seine Schwierigkeit haben, das zu widerlegen. Mangels etwas Besserem wird mit Gedanken und Mitteln hantiert, die in der Vergangenheit, in Zeiten der Kapitalarmut und des Warenmangels, nicht übel sein mochten, die aber heute, in der Zeit des erdrückenden Überflusses an Kapital und Waren, oder an den Möglichkeiten, diesen Überfluß zu erzeugen, nur noch antiquarischen Wert haben können.

Von der geistigen Hilflosigkeit des Kapitalismus zeugen sowohl die Schriften seiner wissenschaftlichen Vertreter wie die Taten seiner Regierungen. Die jüngste Zeit hat in jedem Lande einen Berg von Büchern über die Wirtschaftskrise und ihre Beseitigung gebracht. Fast alle erschöpfen sich in den Symptomen der großen Misere, an der Hauptursache aber gehen sie verdächtig schweigsam vorbei.

An der Misere sollen beispielsweise schuld sein die Reparationen, das mißgünstige Ausland, die Hemmung des Güteraustausches, die Goldhortung, die überhohen Zölle, der Kreditmangel, geschäftliche Unlust, Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, dann besonders der „Marxismus", das heißt die sozialen Ausgaben und zu hohe Löhne.

Wer die ganze Sammlung der vermeintlichen Ursachen der Wirtschaftskrise kennenlernen will, der blättere die Schriften der Vereinigung unsrer Arbeitgeberverbände durch. Dort sind Unsinnigkeiten gehäuft, die die Lachmuskeln zum Bersten bringen können. In jüngster Zeit, seitdem die Vereinigung der Arbeitgeberverbände nicht mehr von Herrn von Borsig bespitzt sind, befleißigen sie sich allerdings einer beachtenswerten Enthaltsamkeit, die sogar soweit geht, daß sie unterlassen haben, noch eine Entschließung gegen Subventionen anzunehmen, und diese Enthaltsamkeit just zu der Zeit, wo das Papen-Kabinett dem Unternehmertum eine milliardenschwere Subvention zuschob — — —!

Daß ein Teil der genannten Mißlichkeiten die wirtschaftliche Tätigkeit mehr oder weniger bedrücken, soll natürlich nicht bestritten werden. Sie tragen ihrerseits gewiß zur Verschlimmerung des großen Übels bei; aber

Aus dem Inhalt

	Seite
Reichstag und Regierung beginnen — Mehr Lohn	307
Erdrückende Belastung des Kraftverkehrs	308
Stahlbad Anno 17 — Wenn die andern feiern	309
Tragödie der Jungen — Leipart und Schleicher	310
Vom kapitalistischen Paradies — Wie stehts in der Schweiz? — Danzig murkst wie Papen	311
Die Bürgersteuer 1933 — Erwerbslose helfen sich selbst — Krankenfürsorge im „Wohlfahrtsstaat"	[illegible]

sie sind nicht seine Ursachen, sondern nur seine Auswirkungen. Und weil dies der Fall ist, ist alle Doktorei an diesen Mißlichkeiten nutzlos gewesen und wird es auch künftig sein.

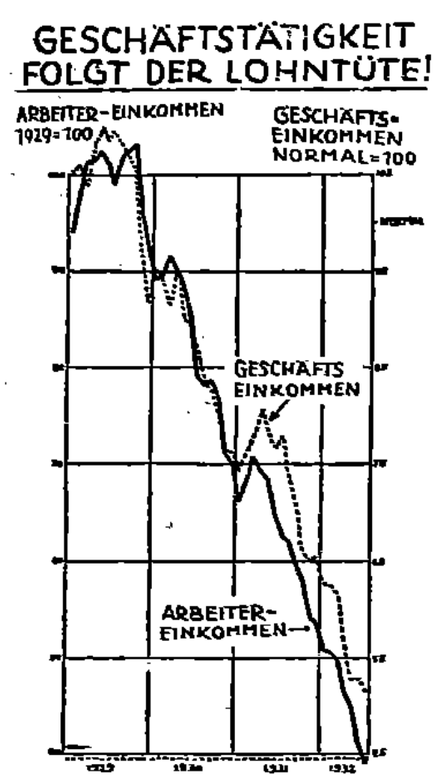
Das Gesagte sei an ein paar leicht kontrollierbaren Beispielen erhärtet: Viele Jahre lang wurden die Reparationen als das Übel der wirtschaftlichen Misere hingestellt. Von diesem Geschrei haben sich auch Leute anstecken lassen, die sonst nicht auf den Kopf gefallen sind. Daß Deutschland Reparationen aus eignem nie entrichtet, sondern die Summen und noch erkleckliches mehr im Auslande geborgt hat, sei hier übergangen. Seit anderthalb Jahren aber werden bestimmt weder mittelbar noch unmittelbar Reparationen gezahlt, die Wirtschaftskrise müßte sich folglich sichtbar gemildert haben. Daß davon keine Rede sein kann, weiß alle Welt. Das Geschrei mit den Reparationen aber hat sich für seine Urheber gut bezahlt gemacht. Die Aufmerksamkeit wurde von den Sünden der genialen Wirtschaftsführer weg auf den bösen „Feindbund" gelenkt, währenddessen konnte die Arbeiterschaft nach Strich und Faden geschoren werden mit der Entschuldigung, der „tributgierige Feindbund" zwinge dazu.

Eine andre Ursache des großen Übels sollen die Zölle sein. Ihre Beseitigung ist von unzähligen Konferenzen gefordert worden. Kein Wort sei hier zu ihren Gunsten gesagt. Trotz der weltallgemeinen Verurteilung stocken jedoch alle Länder ihre Zollmauern auf. Warum nur? Nun, weil sie sich gegen die Warenflut des Auslandes schützen wollen, da sie die eigne Warenfülle nicht abzusetzen vermögen, obwohl es auch dort der Masse am Nötigsten fehlt.

Nicht anders steht es mit der allgemeinen Klage über Kreditmangel. Auch dieser wird allerwärts als eine wesentliche Ursache der Wirtschaftsnot hingestellt. Um dem vermeintlichen Mangel abzuhelfen, wurden in den Vereinigten Staaten, Deutschland und anderswo unzählige Millionen Staatsgelder in die Wirtschaft geschoben. Aber wie jüngst vom Reichsbankpräsidenten Luther, so wird auch in Amerika laut geklagt, daß der Kredit ja gar nicht in Anspruch genommen werde.

Und gar der Vorwand der zu hohen Löhne! Ohne Unterlaß ist kreischend verkündet worden, zuerst müßten die Löhne herunter, dann könnten die Herstellungskosten gesenkt, die Preise herabgesetzt und wieder Leben in die Geschäftsbuden gebracht werden. Die politischen Agenten des Kapitalismus, insonderheit die Minister und Schlichter, haben wie besessen diese Weisheit verwirklicht. Deutschland machte damit den Anfang, die andern Länder folgten. Bei zahlreichen Lohnquetschereien im Auslande fehlte der Hinweis auf das deutsche Vorspiel nicht. Nach und nach ist die ganze Welt auf die Lohnquetscherei verfallen. Wie schamlos tief in die deutsche Lohntüte gegriffen wurde, ist bekannt. Nun hätten sich schließlich die von der Lohnkürzung erwarteten oder vorausgesagten Wirkungen zeigen müssen. Zwar sind eine Anzahl Preise gesunken, daß dies aber auf die Lohnsenkung zurückzuführen sei, wird lebhaft bestritten. Doch sei dem wie ihm wolle, jedenfalls sind die Preise viel weniger als die Löhne gesunken, und die Hauptsache, die Wirtschaftskrise wurde nicht gemildert, sondern das strackte Gegenteil ist der Fall. Und wenn man alle die andern als Krisenursache genannten Mißlichkeiten durchgehen wollte, es würde sich bei jeder herausstellen, daß sie nur die Auswirkung eines tiefer liegenden Übels sind.

Die Kürzung des Arbeitereinkommens ist allerwärts rücksichtslos betrieben worden, besonders die Lohnquetscherei. Überall, wo es geschah, ist die wirtschaftliche Misere erst eigentlich schlimm geworden, haben sich ihre Nebenerscheinungen, wie Absatzmangel, Kreditschwierigkeiten, geschäftliche Unlust, Bankrotte, Leere der öffentlichen Kassen, politischer Unfriede, soziale Gärung usw. unaufhaltsam verschärft. Mit der Kürzung des Einkommens der Masse hat die kapitalistische Gesellschaft nirgends etwas gewonnen, sondern sie ist nur noch tiefer in den Sumpf geraten. Diese Erfahrung wird durch keine Ausnahme durchbrochen.



Daß Geschäftsblüte und Lohnhöhe eng miteinander verbunden sind, wird kaum noch bestritten. Wie prompt die Geschäftstätigkeit der Lohntüte folgt, sei — mangels einer deutschen — an einer amerikanischen Untersuchung gezeigt, deren Ergebnis die nebenstehende Tafel wiedergibt. Wäre es anders, es müßte ein helles Wunder genannt werden. Denn die Wirtschaft ist nicht dadurch gesund zu machen, daß dem ausgemergelten Arbeitervolk immer mehr Blut abgezapft wird. Die Produktion ist nicht dadurch in Gang zu bringen, daß die Warenkäufer millionenweis totgeschlagen werden. Die Staatskassen kann man nicht dadurch füllen, daß man die Masse der Steuerzahler zahlungsunfähig macht. Und dennoch wird der Wahnwitz, die Kürzung des Arbeitseinkommen, berserkermäßig weiter betrieben. F. K.

(Schluß folgt.)

Erdrückende Belastung des Kraftverkehrs

Der deutsche Automobilabsatz betrug 1930 noch 90 000 und 1931 nur 60 000 Wagen. Am 1. Juli 1932 waren rund 5 vH Personenwagen, über 5 vH Lastwagen und nahezu 8 vH Krafträder weniger im Betrieb als im Vorjahr. Nach Berechnungen des Wirtschaftsdienstes ist anzunehmen, daß im kommenden Winter rund 350 000 Fahrzeuge aus dem Verkehr gezogen werden, in denen ein Kapital von etwa 500 Millionen M steckt. Dadurch werden 175 000 Personen brotlos gemacht.

Die Verbände der Kraftwagenbesitzer klagen über die hohen Fahrzeugsteuern. Hierdurch wird die Tatsache vertuscht, daß es vornehmlich die Zollpolitik und die hohen Treibstoffpreise sind, die den deutschen Kraftverkehr am meisten beschweren. Nach den jüngsten Berechnungen lasten auf dem Autoverkehr in Deutschland rund 500 Millionen M im Jahr; davon entfallen auf die Kraftfahrzeugsteuer „nur" 180 Millionen M. Benzin kostet im Hamburger Freihafen unverzollt 6 Pf. das Liter. Der Literpreis an den Hamburger Tankstellen beträgt aber 36 Pf. Auf dem Liter Benzin liegt ein Zoll von rund 22 Pf., also fast das Dreifache des Preises. Der hohe Zoll erschwert die ausländische Konkurrenz und ermöglicht den inländischen Treibstoffherstellern den Verkauf zu Preisen, die weit über ihren Gestehungskosten liegen. Zeitweise wurde deshalb von der inländischen Treibstoffindustrie eine „Ausgleichsabgabe" in Höhe von 3,80 M für 100 Liter erhoben. Diese Abgabe wurde aber auf Betreiben der IG Farbenindustrie bald so stark ermäßigt, daß sie praktisch nicht mehr ins Gewicht fällt. Nach Angaben der Frankfurter Zeitung beziehen die deutschen Treibstoffindustriellen jährlich rund 110 Millionen M Extraprofite durch die Monopolstellung, die ihnen der hohe Schutzzoll sichert. Den Löwenanteil an dieser Beute schluckt die IG Farben.

Wo die Industrie verdient, kann der Großgrundbesitz nicht unbeschenkt ausgehen. Durch Notverordnung ist verfügt worden, daß dem Treibstoff 10 vH Sprit beigemischt werden muß. Obwohl Sprit als Treibstoff nur einen Preis von 4 Pf. je Liter beanspruchen kann, muß dafür 50 Pf. je Liter an die Spritmonopolverwaltung bezahlt werden. Dabei ist zu beachten, daß drei Viertel des gesamten in Deutschland gebrannten Kartoffelsprits in den preußischen Provinzen erzeugt wird, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht. Durch den Sprit-Beimischungszwang werden etwa 1800 Großbrennereien jährlich 60 Millionen M in die Taschen gescheffelt. Die Rechnung bezahlt der Verbraucher. Denn fast alle Lasten, die auf dem Kraftverkehr ruhen, werden auf die Preise der Fertigfabrikate abgewälzt und müssen von den Verbrauchern aufgebracht werden.

Die Monopolisierung des Treibstoffvertriebs erleichtert die Schröpfung der Benzinverbraucher. Es gibt in Deutschland schätzungsweise 52 000 Tankstellen, von denen nur etwa 8 vH im Besitz von unabhängigen Händlern sind. Auch deren Unabhängigkeit ist oft bloßer Schein. Die drei großen englisch-amerikanischen Trusts, Standard Oil, Shell und Anglo-Persian, besitzen allein 37 509 oder 72 vH der deutschen Tankstellen.

Der hohe Einfuhrzoll für Treibstoffe soll angeblich die Staatseinnahmen vermehren. Wenn es dem Reich tatsächlich lediglich darauf ankäme, die eigenen Einnahmen zu vermehren, und wenn nicht nebenbei der inländischen Treibstoffindustrie noch Extraprofite zugeschanzt werden sollen, dann könnte die Reichskasse nach einer Berechnung des Deutschen Volkswirt jährlich 14 Millionen M dadurch mehr erzielen, daß sie die gesamte deutsche Erdölindustrie stillegte und alle Beteiligten mit vollem Einkommen pensionierte. Das Jahreseinkommen aller im Erdölbergbau (einschließlich der Verarbeitungs- und Nebenbetriebe) beschäftigten Personen beträgt 8 Millionen M. Die Verzinsung und Amortisierung der Anlagen und der Gewinnanteil der Lieferanten von Geräten und Materialien wird mit 12 Millionen M geschätzt. Der Reichskasse entgehen heute bei einer jährlichen Produktion von 150 000 Tonnen an Zolleinnahmen rund 34 Millionen M. Wenn allen beteiligten Personen das bisherige Einkommen weitergezahlt und dafür der Erdölbergbau und die Verarbeitungsbetriebe stillgelegt würden, könnte jährlich ein Gewinn von 14 Millionen für Zoll erzielt werden.

Trotz der hohen Chancen für Extraprofite klagt der deutsche Treibstoffhandel über mangelnden Verdienst. Das hat seinen Grund in dem aufgeblähten Tankstellennetz. Auf je 3 Kilometer Straßenlänge entfällt eine Zapfstelle. Selbst in kleinen Dörfern stehen oft mehrere Tankstellen nahe aneinander. Mitte 1931 kam auf 29 deutsche Kraftfahrzeuge eine Tankstelle. In den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Land mit dem dichtesten Autoverkehr, entfallen dagegen 140 Fahrzeuge auf eine Tankstelle. Es liegt auf der Hand, daß das in den deutschen Tankstellen investierte Kapital von rund 500 Millionen M sich nicht rentieren kann.

Die Reichsregierung plant, den Kraftverkehr durch eine Senkung der Fahrzeugsteuer zu beleben. Das ist eine völlig unzureichende Maßnahme. Die Voraussetzung für die Belebung des Kraftverkehrs ist der Abbau der Zölle und des Beimischungszwangs. Wenn der Treibstoff auf diese Weise verbilligt wird, kann die Steuer leicht getragen werden. Billige Treibstoffpreise beleben den Verkehr und damit auch die Fahrzeugindustrie. Sz.

„Die Reichsregierung ist entschlossen, Maßnahmen für eine besondere Winterhilfe zu treffen, soweit die Finanzlage es zuläßt. Sie wird sich bemühen, im Ausschuß zu einer Verständigung mit den Parteien über das Ausmaß dieser Aktion zu gelangen." (Pressemeldung)

Der Gefangene lebt besser

Die Ernährung der preußischen Gefangenen ist geregelt durch besondere Vorschriften des preußischen Justizministeriums. Von dem „Schlangenfraß" vergangener Jahrzehnte ist man glücklicherweise abgekommen. Heute hat beispielsweise die Anstaltsküche des Moabiter Untersuchungsgefängnisses bei der Aufstellung ihres wöchentlichen Speiseplanes die Auswahl unter 11 Sonntagsgerichten, 41 Mittagsgerichten und 45 Abendgerichten. Genauer über die Tagesration eines Gefangenen unterrichtet die Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit (Druckerei des Strafgefängnisses Plötzensee), aus der wir zwei Speisezettel folgen lassen.

Sonntag:

Morgens: ½ l Kaffee oder ½ l Suppe und 300 g Graubrot.
Mittags: ¼ l Nudelsuppe, 100 g Schweinefleisch, 1 l Kartoffeln, ¼ l Tunke, ⅛ l Preißelbeeren.
Abends: ½ l Kakao, 350 g Brot, 20 g Kunstbutter, 50 g Käse.

Montag:

Morgens: an allen Wochentagen die gleiche Ration wie Sonntags.
Mittags: 1 l Reis mit Kunstbutter als Fettung.
Abends: ½ l Kaffee, 250 g Brot, 20 g Kunstbutter, 50 g Büchsenleberwurst.

Das ist die durchschnittliche Ernährung eines gesunden Gefangenen. Man kann nunmehr jene 600 000 Erwerbslosen Berlins fragen, welcher von ihnen diese Ernährung hat: es wird keiner zu finden sein. Ja, unter den beiden letzten Regierungen, den christlich-nationalen, ist es soweit gekommen, daß Tausende von Erwerbslosen zwei- oder dreimal wöchentlich aufs Mittagessen überhaupt verzichten müssen. Trockene Salzkuchen für 10 Pfennige müssen oft genug für Frau und Mann das Mittagbrot ersetzen.

Infolge der Abbaumaßnahmen der beiden Regierungen bekommt ein arbeitslos gewordener Familienvater mit einem Kind, sofern er vorher 45 M in der Woche verdient hat, eine Unterstützung von 14,70 M in der Woche. Diese 14,70 M kann der erwerbslose Familienvater natürlich nicht für Essen verbrauchen; er muß vor allem mindestens die Hälfte für die Miete zurücklegen, das wären 7,35 M bei einer bescheidenen Wohnung. Von den verbleibenden 7,35 M muß selbstverständlich noch das Fahrgeld zum Nachweis sowie das Geld für Kochgas, Beleuchtung, Heizung, Zeitung usw. in Abzug gebracht werden. Das mögen theoretisch 75 Pf. sein, dann verbleiben für die dreiköpfige Familie wöchentlich 6,60 M für das Essen, je Mund also 2,20 M. Diese Summe multipliziert mit 52 ergibt im Jahr einen Betrag von 114,40 M, ein Unterschied gegenüber dem Beköstigungssatz der Gefangenen von 8,64 M, wobei immerhin zu bedenken ist, daß der Erwerbslose ein ehrbarer Arbeitsmann ist und weder Geldbriefträger gemordet, Bankfilialen ausgeplündert noch Schulkinder genotzüchtigt hat.

Bei allem muß aber berücksichtigt werden, daß wir die höheren Berliner Unterstützungssätze genommen haben. In Landdistrikten muß sich der Unterschied zwischen den Ernährungskosten eines Erwerbslosen und eines Gefangenen noch krasser auswirken. Zum anderen ist das Absinken der Unterstützungssätze von „Alu" über „Krise" auf „Wohlfahrt" vollkommen unberücksichtigt geblieben.

In keinem Fall kommt man also um die Tatsache herum, daß es durch die Nazi-Invasion soweit gekommen ist, daß eine Erwerbslosenfamilie einen niedrigeren Lebensstandard hat als ein Gefangener. K.

Die neue Kriegspropaganda

Sowohl im Film, Rundfunk als auch in der Presse macht sich wieder eine rege Kriegspropaganda bemerkbar. Jedoch ist die Propaganda gegen früher viel geschickter und moderner. Sie wendet sich nämlich an das Gefühl oder an die Furcht des Menschen, und zwar durch den Hinweis, daß durch die Rüstungen der anderen Länder, insbesondere Frankreichs, jedermann in Deutschland in ständiger Lebensgefahr schwebe.

Eine große illustrierte Zeitung bringt zum Beispiel eine Sondernummer über das schwergerüstete Frankreich. Auf der Titelseite quer durch das Porträt eines drohend blickenden französischen Soldaten steht auf einem grellroten Querstreifen der für ängstliche Gemüter bestimmte Text: „Vor Deutschlands Toren steht das bestgerüstete Heer der Welt, bereit zu marschieren. Das geht auch Sie an. Nur der ermißt die Gefahr, der sie wirklich kennt." In dem Heft wird in Bildern gezeigt, was Frankreich an Militär, Tanks, Bombenflugzeugen usw. besitzt. Der Text — bis Mannheim schießende Ferngeschütze, Bombenflugzeuge mit 1000 Kilometer Aktionsradius — trägt nicht wenig dazu bei, furchtsamen Gemütern Angst und Schrecken einzujagen. Die ganzen Darstellungen sind eine geschickte Propaganda gegen die französischen Rüstungen und für deutsche Aufrüstung.

Die neue Methode der Kriegspropaganda tritt hier so recht in Erscheinung. Man sagt nämlich nicht mehr, das Vaterland ist in Gefahr, sondern: Sie sind in Gefahr. Ihr Leben ist durch all diese Bombenflugzeuge und weittragenden Geschütze sogar im Hinterland in ständiger Gefahr. Man rechnet damit, daß dieser Art Propaganda weniger aufgeklärte Leser auf die Dauer nicht widerstehen können. Das darf nicht sein. Wohl wird von jedem Pazifisten das Wettrüsten mißbilligt, aber für den Proletarier in der jetzigen Zeit gibt es nur eine Macht, die ständig sein Leben und seine Existenz, sei es durch Lohnkürzung, Entlassung oder Unterstützungskürzung, bedroht, nämlich den Kapitalismus.

Bei Millionen von deutschen Arbeitslosen dürfte die Furcht vor der vollkommenen Verelendung größer sein als vor Frankreichs Rüstung. Sie brauchen auch keine Angst und Sorge vor Besitzverlust bei einem Krieg zu haben, denn sie haben ja schon alles verloren, was es zu verlieren gibt: Arbeit, Brot, Heim, infolge der jahrelangen unzureichenden Ernährung oft auch die Gesundheit. Für sie gibt es auf die Alarmworte: „Das geht auch Sie an" nur die Antwort: Das geht uns herzlich wenig an. Nur Arbeit und Brot gehen uns was an! Und wer uns das nimmt oder vorenthält, ist unser Gegner. Nicht Frankreich bedroht unsere Existenz und unser Leben, sondern das deutsche Ausbeutertum. Vor französischen Bombenflugzeugen und Geschützen haben wir uns weniger zu schützen als vor der Sippe, die uns den Lohn und die Unterstützung kürzt.

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag Gmbh, Hamburg-Bergedorf

Wir kriechen eng zusammen, der Kleine liegt auf dem Bauch, nimmt den Brief aus der Tasche und legt ihn vor sich in das Stroh. Dämmerung kriecht feucht und klebrig herein. Ich wickele mich fest in meine Decke. Adamczik flüstert:

„Ick jloob, Kam'raden, det wa bald Schluß machen mit dem Saukrieg . . . Paula hat mir hier jeschriem, der . . . hört mal jenau zu . . . det also in Balin allerhand los is . . . von wejen Revolution . . . 'n paar Brotläden ham sie in Balin W jeschtürmt . . . haste wat, kannste wat . . . imma det Brot mang die Proleten . . . na, die sin ja ebenso ausjehungert wie wir hier . . . Arbeeter aus Spandau warn dabei, wißt ihr . . . reklamierte Munitionsarbeiter . . . un die Frauen aus die Pulverfabriken . . . janz jelb sehn se aus, schreibt Paulan . . . die vorne in die erste Reihe . . . un denn tsching, die Scheiben injehauen . . . „Hunger!" ham se jeschrien . . . „Brot raus!" Mensch, ick kann mir det vorschtelln . . . war schade, det man nicht dabei ist jewesen . . .", er redet sich in Begeisterung, sein Gesicht bekommt sogar etwas Farbe, er haut auf den Brief, dann sieht er uns erwartungsvoll an. Wir nicken, mit den Köpfen noch enger zusammenkommend.

Der Berliner fährt fort: „Die janze Schtraße im Wedding ist voll jewesen . . . und een Hallo . . . und denn ham se jerufen: „Nieda mit dem Krieg! Frieden! Brot!" Menschenskinda, stellt euch det mal vor . . . un Verwundete un Urlauber warn dabei . . . feste ham die mitjemacht . . . die machen jetzt Ernst . . .", er stützt den Kopf in die Hände und spricht jetzt nur noch für sich: „Wenn det wahr wär, det wa Weihnachten wieda zu Haus sind . . . Jotteken, Jotteken . . . bei Muttan und bei Paula, und nu nix als weg mit die Lumpen hier . . .", er springt auf, schlägt sich mit den kleinen Fäusten an die Brust, „endlich mal wieda Mensch wern . . ."

Er sagt zu uns ganz leise: „Zu Haus fang'n se an . . . ja, und wir? . . . Wat machen wir? Wir lassen uns weita abschlachten für die Hunde da oben . . . wat? Wenn'ck an den armen Bumann denk, un an die andern alle . . . und denn, wat noch alles kommt . . . un wat mit uns noch wird, wenn wa det weita machen . . . det Jemetzel . . . un wofür, frag ich euch . . . un so jung, wie wa sind . . . Mensch, wenn man det allens bedenkt . . .", er redet immer eifriger, seine Augen brennen tief in den Höhlen, mit den kleinen Kinderfäusten haut er dauernd an die Brust, „wat ham wir denn davon, frag ick, wat? In A . . . treten se uns, wenn wa nach Hause kommen . . . nee, nee . . . so jeht det nich weita . . ." Kilb lächelt andauernd, einmal klopft er ihm leicht auf die Schulter. Der Kleine ist noch nicht zu Ende: „Eener ist da in Balin, schreibt Paula, den Namen kennt se nich, der hat ne jroße Rede in eener Schtraße jehalten . . . immer fester jejen den Krieg, den ham se verhaftet und ins Zuchthaus jeschteckt . . . aba det soll een janz mutiger Kerl sind . . . sone Art Führer fürt Volk, aba 'n richtigen, nich so'n Bratenfresser wie . . .", er sieht sich wieder scheu um, „na, euch kann'ck ja saren, wie also . . . wie der Willem . . . der Reiseonkel . . . na, ick wer mal bei Paulan anfragen, wie der heeßt . . . wenn wa da bloß mehr von hätten . . . schtellt euch det mal vor . . . wat det fürn mutiger Kerl is . . . so janz allein in die jroße Schtadt Balin . . ."

Wir wollen nicht mehr, verstanden? Wir sind nicht mehr wahnsinnig genug! . . .

Aber die Generäle lächeln: sie wissen, daß wir immer noch einmal in die Gräben marschieren . . .

An uns liegt es!!

•

„Heut is doch Sonntag, waa?", fragt Adamczik. Ein träumender Ausdruck ist in seinem kleinen Gesicht. Ich habe diesen Ausdruck in den letzten Tagen oft an ihm bemerkt. Er sieht auch etwas wohler aus, es mag daher kommen, daß ihn die Hoffnung, Bossin werde bald mit seiner Frau und seiner Mutter sprechen, das Schreckliche der vergangenen Tage vergessen läßt, ihm wenigstens etwas hinweghilft über sein und unser elendes Schicksal.

Ich kann eine Ahnung von Adamcziks Tod nicht los werden. O diese entsetzlichen Ahnungen: ich hatte sie bei Minulla und bei Bumann. Der Kleine geht neben mir aus der Scheune heraus. „Wat hast'n, Peter?", fragt er weiter und faßt meine Hand. Wir stehen jetzt auf der Dorfstraße. Grauschmutzig und zertreten liegt der Schnee. Die Straße mündet in den Marktplatz hinein, der verlassen und trostlos daliegt. Manchmal schleicht eine graue Gestalt durch den Dreck, jetzt rumpelt eine Artilleriekolonne darüber hin. Schwer hängen die Köpfe der Pferde, vermummt hocken die Artilleristen auf den Protzen.

Über diesem Dorfe und seiner Ruhe hängt wie ein ungeheures Spinngewebe der Frieden des Todes und schrecklicher Vorahnungen kommender Stunden.

Ich zwinge mich, den Kleinen anzusehen. Erwartend sieht er zu mir hoch, kriecht tiefer in den viel zu großen Mantel hinein, kaum ist noch sein Kopf zu sehen. Wir schlurfen durch die Pfützen.

„Sonntag, Fritz? Das weiß ich nicht. Is wohl auch besser, daß man es nicht weiß. Da wird man wenigstens nicht an früher erinnert . . .", ich weiß nichts mehr zu sagen, es ist leer und tot in meinem Innern.

Aber in dem Berliner ist etwas gelöst worden. Er wird plötzlich lebhaft, hakt mich unter und geht schneller. „Komm Peter, wir gehn mal in die Gegend, da drinnen in der Scheune is es ooch kalt; machen wa uns mal'n bißken Bewejung . . .", und dann bricht der lange gestaute Strom seiner Gedanken los: „Wenn'ch an den eenen Sonntag in Treptow denk . . .det war vor'jes Jahr . . . da ha'ck die Paula kennenjelernt . . .", mir tut jedes Wort weh, ich möchte am liebsten davonlaufen, was soll das hier? Hier, wo erstickend der scheußliche Atem des Krieges uns umlagert, jetzt, zwei Tage vor unserem Rückmarsch in Schlamm, Gräben und Leichenfelder . . .? Langsam dringt die armselige Wärme Adamcziks durch meinen Mantel . . . ich sage ihm nichts von meinen verzweifelten Gedanken . . . ich höre weiter zu: „Peter, war det een Sonntag! der scheenste in meinem Leben, — stell dir vor: die Paula in een himmelblaues Kleid, sitzt det liebe Kind off ne Banke am Treptower See . . . liest in een Buch . . . manchmal kiekt se hoch und über det Wasser hin . . . ick seh det allens noch wie wenn't jestern jewesen wär . . . die kleene Neese von ihr . . . ick setz mir bei ihr hin . . . „scheene Schwäne, wat Fräulein?", sare ick . . . nämlich da waren drei Schwäne . . . zwee alte und een kleener, det war wohl det Junge . . . also wat meenste, Peter, die Paula ist jarnich bös, kiekt mir an, lacht . . . ach, Peter, wenn die Kleene lacht, det mußt du mal sehn . . . det Herz jeht dir uff . . . die Oogen, blau wie Verjißmeinnich . . . janz jroß wern die immer . . . mir bubberte jleich det Herz . . . na und wir sitzen und erzähln . . . un die Sonne is so warm . . . un denn ham wa unsere Marmeladenschtulln rausjekriegt und die Schwäne jefüttert, und 'n paar Drosseln warn da und Schpatzen . . . jepiept ham die wer weiß wie, un eener hat 'n andern nix jejönnt . . . ick sare zu ihr: „Fräulein", sare ick, „sehn Se, die jönnen sich nix", „nee", sagt se denn, „jenau wie bei den Menschen."

(Wird fortgesetzt.)

Meine Schwester hat einen traurigen Brief geschrieben: Sie war zum Hamstern aufs Land. Morgens fort um vier Uhr bei strömendem Regen. Bei Wittenberg hat sie die Bauernhäuser abgeklappert nach Kartoffeln. In der Manteltasche drei dünne Stücke Margarinebrot für den ganzen Tag. Blaugefroren und schwindlig vor Hunger ist sie von Haus zu Haus gegangen, manchmal hat ihr jemand ein paar Pfund gegeben, manchmal auch einer eine Tasse Warmes. Um sechs Uhr abends hat sie einen halben Zentner zusammengebettelt, pfundweise . . . Wie war sie glücklich, dem Vater mal wieder ein paar Mahlzeiten geben zu können. Knapp hat sie sich noch in der Dämmerung auf durchweichten Wegen nach dem Bahnhof geschleppt, halbtot vor Erschöpfung. — — Und am Bahnhof ist ein dicker Feldgendarm gekommen und hat ihr alle Kartoffeln abgenommen, alle. Geschrien und gefleht hat meine Schwester, aber der Schweinehund hat sie angeschnauzt und ihr gedroht, er würde sie einsperren, wenn sie nicht ruhig sei. Und so hat er es mit verschiedenen anderen Frauen, die auch in diese Falle gingen, ebenfalls gemacht. Vom Zug aus haben sie ihn noch verflucht. Erschossen hätten sie ihn, aber es waren wehrlose schwache Proletarierfrauen, deren Brüder und Männer nicht dabei waren, weil sie für das herrliche Vaterland ihr Leben lassen dürfen . . .

Zuhause hat meine Schwester eine Woche mit hohem Fieber gelegen, hat um sich geschlagen und immer nach den geraubten Kartoffeln geschrien . . . In der Bahn haben sie ihr noch erzählt, daß es fast überall so ist.

Langers Mutter ist gestorben, schreibt meine Schwester weiter. Sie hat den Tod ihres Sohnes nicht überleben können. Sie ist für arm beerdigt worden . . .

Bumanns Mutter war auch da. Sie war ganz aufgelöst, weil sie noch keine Post von ihrem Sohn hatte. Als sie hörte, daß ich auch noch nicht geschrieben habe, ist sie etwas ruhiger fortgegangen. Wenn sie wüßte, wie ihr Sohn verreckte, würde sie irrsinnig werden . . .

Der vorletzte Ruhetag ist angebrochen. Es ist schrecklich, darüber zu schreiben, welche Fülle von Grauen uns die Kehle zuschnürt, wenn wir an die Stunde des Abmarsches nach vorne denken.

Ich weiß, daß von Flandern bis an die Aisne Tausende von Soldaten sind, die von diesem entsetzlichen Druck gebeugt auf das Ende ihrer Tage oder auf den Anfang des Wunders harren, das sich Frieden nennt, daß sie den Gedanken nähren, sich selbst zu verstümmeln, weil es der letzte, schmale, unsichere Weg ist, der sie an dem Abgrund, der als Tal des Todes vor ihren schreckensweiten Augen gähnt, vielleicht vorbeiführt . . .

Angst? O nein! Angst kennen wir nicht mehr; die Nerven der Angst sind längst ertötet. Wir haben zu viele Tote gesehen, sie haben das Wesen der Angst mit in ihre Massengräber genommen . . .

Aber wenn wir die Verwesung ihrer gemeuchelten Leiber, dieser armen, von Läusen schon vorher zerfressenen, von Seuchen vergifteten Leiber, deren Gestank bis in unsere qualvollen Träume dringt, — wenn wir diese eiternde, schleimige Verwesung riechen . . . dann regt sich auch in dem dumpfesten Bauernburschen, in dem einstmals kriegsbegeisterten Freiwilligen die Abwehr der Kreatur, die nicht gemordet werden will, die mit ungeheurer Verzweiflung die dichten Verhaue der Befehle des „Vaterlandes" durchbrechen will, um endlich wieder frei atmen zu können ohne den entsetzlichen Gedanken an den Meuchelmord für „Kaiser und Reich" . . . ganz gleich mit welchen Mitteln . . . verzweifelt und irrsinnig:

Denn immer tiefer dringt der zuckende Strom der Erkenntnis wie Elektrizität in unsere müden Knochen und Hirne, daß wir geboren wurden, um zu leben, daß wir diesen belebenden Strom allen anderen Kameraden mitteilen sollen, um sie mitzureißen . . . hinein in die flammende Empörung gegen unsere Mördergenerale, die im Auftrag der Börse: „Kaiser und Reich" uns immer wieder auf dem Schlachtfeld der Ehre schlachten lassen wollen, damit unser Blut ihre Äcker dünge . . .

Wenn die andern feiern

Die Kellnerin im kleinen Volkscafé ist heute ungeduldig und zerfahren. Ganz gegen ihre sonstige Art. Die elektrische Beleuchtung im Lokal wirkt trübe, und auch alles andere macht heute einen ungemütlichen Eindruck. Alles scheint auf baldiges Schlußmachen des Geschäftes drängen zu wollen. So muß sich auch Herbert Stettner, der letzte Gast, dazu bequemen, seine karge Zeche zu bezahlen und fortzugehen. Auf der Straße steht er eine Weile unschlüssig. Soll er nicht doch zu seiner Kusine Hertha gehen? Das ist seine einzige, noch lebende Anverwandte. Sie und ihr Gatte haben ihn, wie in den letzten Jahren immer, zum Heiligen Abend eingeladen.

„Nein, nein und tausendmal nein!" sagt er zu sich selbst. Er hatte sichs doch im Vorjahre geschworen, auf diese „Gnade" zu verzichten. Er würde ja doch nur wieder als „fünftes Rad" beim Feste mitlaufen. Müßte Zeuge der Geschenke sein unter dem Christbaum — dem Christbaum der anderen. Er selbst aber müßte wieder für das bißchen Fischsuppe und das Stückchen Apfelkuchen ein „Danke verbindlichst!" sagen und dann noch einmal für die vom Gatten seiner Kusine gespendete Zigarette danken. Nein! Lieber den Weihnachtsabend unter blutfremden Menschen verbringen.

Herbert Stettner weiß, daß einige wenige Lokale in der Millionenstadt auch an diesem Abend geöffnet bleiben. Für Menschen wie er einer ist: ohne Familie und ohne nähere Bindung zu einer solchen. Und Herbert sucht und findet ein derartiges Kaffeehaus, nimmt dort an einem kleinen Tische Platz und will sich in die Zeitschriften vertiefen. Vergebens. Heute kehren seine Gedanken immer wieder zu dem großen Feste zurück, das jetzt von vielen Millionen Menschen gefeiert wird. Nur er sitzt hier, einsam und allein. Ein Enterbter, ein Fremder unter Fremden.

Ob er nicht auch einmal „Fröhliche Weihnachten" gehabt hat? So weit er sich zurückerinnern kann, nicht. War er doch noch keine fünf Jahre alt, als sein Vater starb und die Mutter in fremde Dienste gehen mußte. Ja, einmal an einem Heiligen Abend waren seine Mutter und er bei der reichen Tante eingeladen. Da durfte er sich am Anblick des strahlenden Tannenbaumes erfreuen, durfte zusehen, wie sein Vetter Albert und dessen Schwester Hertha beschenkt wurden. Unter anderm hatten die beiden Altersgenossen auch eine Unmenge Figuren aus Schokolade und Marzipan bekommen. Und die Tante spielte die Wohltätige und sagte: „Komm, Herbert, du armer Kerl, sollst auch was haben!" und überreichte ihm mit gönnerhaftem Lächeln — eine von den billigen kleinen Schokoladenzigaretten. Die mit den roten Staniolstreifen als Feuerimitation. „Sag' schön: Vergelts Gott!" mahnte die abgehärmte Mutter. Aber diese Dankesworte wollten damals nicht so recht über seine Lippen kommen. Zu kraß war der Unterschied in den Gaben, und was verstand damals der Sechsjährige von der Verteilung der Güter auf Erden und von den sozialen Unterschieden der Menschen!

Und dann später, in der Lehre. Wieder war er bloß Zaungast, wenn andre beschenkt wurden. Wieder mußte er für ein Paar der billigsten Strümpfe „Vergelts Gott!" sagen. Und die Weihnachten nach der bitteren Lehrzeit? Nun, die verbrachte er notgedrungen bei der Zimmerwirtin. Der schlampigen, ewig keifenden Frau und ihrem nicht angenehmen Manne.

Dann kam der Krieg. In strammer Haltung mußte er für das von unbekannter Seite gespendete Liebesgabenpaket ein „Danke gehorsamst!" sprechen. Später kamen die traurigen Weihnachtstage in der Gefangenschaft. Dann die Heimkehr in ein vom Spekulationsfieber verrückt gewordenes Land. In den letzten Jahren war Herbert am Weihnachtsabend von seiner Kusine Hertha eingeladen worden, die sich, einmal im Jahre, ihres armen, alleinstehenden Verwandten erinnerte und an diesem Tage — Barmherzigkeit üben wollte. Jedesmal hütete sie sich aber, mit ihm allzu freundlich zu sein, aus Angst, ihr Mann könnte es ihr übelnehmen, wenn sie sich des armen Schluckers zu sehr annehme. Der Mann selbst aber hätte ihn am liebsten davongejagt und zwang sich nur seiner Frau zuliebe, den herablassenden Wohltäter zu mimen.

Das alles weiß Herbert und ist nun auch froh, dem Feste ferngeblieben zu sein. Doch hier im Kaffeehaus will er nicht mehr länger bleiben. Er zahlt und geht. Geht ohne Ziel durch die einsam gewordenen Straßen. Auf einer Brücke bleibt er stehen. Gedankenlos blickt er in die ziehenden Wasser.

„Hallo! — Was machen Sie denn da?"

Ein einfacher, dem Arbeiterstand angehöriger Mann kommt auf Herbert zu.

„Nichts! — Oder haben Sie vielleicht geglaubt, daß ich mir das Leben nehmen will?"

„Ja! — Es hat so ausgeschaut!"

„Nein! Sie können beruhigt sein. Im übrigen: ich kann vorzüglich schwimmen!"

„Wär' auch schrecklich gewesen: Selbstmord heute, am Heiligen Abend", sagt der Passant und trabt neben Herbert einher. Die beiden Menschen kommen ins Gespräch, und als der Arbeiter hört, daß Herbert keine Familie hat, ladet er ihn ein. Herbert will ablehnen: „Aber, wie kommen denn Sie dazu? Heute ist ein ausgesprochener Familientag; da würde ich nur stören!" — „Sind wir Menschen nicht alle Brüder? — Kommen Sie nur und nehmen Sie vorlieb mit meinem bescheidenen Heim!" — Herbert Stettner hat in diesem Jahre bei einem fremden Arbeiter seinen ersten, wirklich frohen Weihnachtsabend verbracht.

Jon Klug.

Abendseufzer

Stille! — stille! —
Ruhe dich, geliebtes Weib, nun aus
Von des Lebens Ekel, Harm und Sorgen!
Zieh' mir nicht die Stirn verdrossen kraus:
Bist in meiner treuen Hut geborgen.
Stille!

Leise! — Leise!
Leise, Töne, daß sie nicht erwacht!
Störet nicht der Müdgehetzten Schlummer!
Freud' und Frieden schlürft sie in der Nacht
Und am Tage teilt sie meinen Kummer.
Leise!

Lächle! — Lächle!
Es betrüge dich ein schöner Traum!
Eine Täuschung birgt das ganze Leben!
Gib' der Zuversicht vermehrten Raum,
Und des Herzens Kränkung sei vergeben.
Lächle!

Träume! — Träume!
Traum ist Glück und Wirklichkeit ist Not,
Deine Jugend durftest du verscherzen!
Und du birgst — noch ist für drei nicht Brot —
Unsrer Liebe Kleinod unterm Herzen. —
Träume!

Stille! — stille!
Laß es kommen, laß es leben auf!
Mögen mich die Sorgen drum bestürmen.
Will erringen, was ich für euch brauch',
Diese Arme werden euch beschirmen.
Stille!

A. Lepp

Mißverständnis

Theo hat Thea geheiratet. Beim Hochzeitsmahl steigen allerhand schöne Reden. Schließlich soll auch Theo selbst eine Rede halten. Zögernd steht er auf, legt seine Hand auf Theas Haupt und sagt: „Verehrte Anwesende! Man hat mich hierzu gezwungen — gewollt habe ich es nicht!"

Brüllendes Gelächter der Anwesenden. Kirschrot vor Verlegenheit stammelt Theo: „Ich meine doch die Rede und nicht meine Braut".

•

Ein Schotte fährt nach Amerika. Im Neujorker Hafen sieht er, wie ein Taucher aus dem Wasser gezogen wird. Worauf er ins Schiffsbüro geht und dort Krach schlägt. Man habe ihn in England nicht darauf aufmerksam gemacht, daß man auch laufen könne!

G.

•

Pohlenz lenkt seine Schritte zum „Weißen Lamm" und setzt sich nieder.

„Ein Dunkles!" bestellt er.

„Nanu?" wundert sich der Wirt. „Sie haben doch sonst immer Helles getrunken!"

„Mein Schwager ist gestorben!" erläutert Pohlenz.

Verbandsleben

Tragödie der Jungen

Von Heinrich Schliestedt

Ein fürchterliches Schicksal erleidet die junge Generation, und der Grad der Verzweiflung ist nicht zu ermessen. Die allgemeine Not läßt keinen Raum für die besondere Tragödie der Jungen; sie geht nicht hinein in das allgemeine Gewissen. Die Jungen murren, sie grollen, weil sie sich überflüssig fühlen, vom Leben ausgeschlossen sind. Nirgendwo ist ein Platz frei für sie. Wir haben kein Recht, uns über die Stimmung und Äußerungen der Jungen zu wundern oder gar zu entrüsten. Was uns aus diesem Lager entgegentönt, ist nur das Echo einer unerhörten Qual. Noch schreien die Jungen nicht, noch sind sie, ach, so ruhig. Wehe, wenn sie handeln; denn sie können und müssen nur revoltieren, da ihnen alle Voraussetzungen fehlen zur Beseitigung des Elends, das auch das Elend der Älteren ist. Unklarheiten führen die Hirne und Fäuste, die nichts anderes erreichen wollen, als Platz zum Leben.

Fast zwei Generationen deutscher Jugend sind seit 1914 geopfert worden. Die erste wurde im „glorreichen" Kriege gemordet, die zweite Generation, die während des Krieges herangewachsen ist, wird in dieser Krise ebenso gemordet und mit ihr die Zukunft des Volkes. Die bei Beendigung des Krieges die Schule verlassen haben oder 14 Jahre alt waren, befinden sich jetzt in der zweiten Hälfte des dritten Lebensjahrzehnts. Fast alle sind seit Jahren arbeitslos; ohne die geringsten Unterhaltsmittel gehen sie zugrunde, und damit stirbt das deutsche Volk. Denn diese geopferte Jugend ist ja unfähig, die Verjüngung des deutschen Volkes sicherzustellen. Eine Familienbildung ist so gut wie unmöglich, noch unmöglicher ist die Aufzucht von Kindern. Es wäre sogar ein Verbrechen an den Eltern wie an den zu erwartenden Kindern, sie in das unabsehbare Elend hineinzusetzen.

Wer vermag die Not, die körperliche und seelische Not dieser Jungen auch nur zu ermessen! Die ganze Zerrissenheit dieser Generation sehen wir in ihrem Taumeln zwischen den gesellschaftlichen Extremen. Unsere Gerichtssäle müßten von dem Schrei einer gemarterten, hoffnungslosen Jugend widerhallen, denn all die Raufhändel, die Eigentums- und manche anderen Verbrechen sind der Widerschein der unaussprechlichen Not. Aber die Paragraphen enthalten davon nichts; sie sind seelenlos, und die sie anwenden, was wissen denn sie von der Tragödie der Jungen?

Und nichts geschieht für diese gequälten Menschen. Das einzige, was die unfähigen wirtschaftlichen und politischen Gewaltinhaber wissen, ist der Arbeitsdienst. Wenn diese Leute nichts anderes wissen, warum beseitigen wir sie nicht aus ihren Kommandostellen? Denn ihrer grandiosen Unfähigkeit ist die zwiefache Tragödie der Jungen geschuldet. Der Arbeitsdienst gibt den Jungen keine Existenz; er mildert höchstens für eine kurze Zeit ihre materielle Qual, aber er gibt ihnen keine Grundlage für einen Lebensaufbau.

Wie grausam das Geschick dieser Jungen ist, zeigt der Zulauf zum Arbeitsdienst, um nur ein paar Wochen dem unerträglichen Einerlei zu entrinnen. Nur keine Täuschung darüber, daß diesen Jungen nicht bewußt ist oder bewußt wird, daß sie um ihr Menschentum betrogen wurden. Wir haben alle Veranlassung, die Unzulänglichkeit des Arbeitsdienstes zur Lösung des sozialen Problems nachzuweisen und ihn als eine vorübergehende Notmaßnahme anzusehen und die Anwendung zu beeinflussen im Sinne unserer Grundsätze.

Den Jungen selbst gilt es aber immer wieder zu sagen und zu beweisen, daß ihre Qual auch die unsre ist und obendrein keine wirtschaftliche Begründung hat. Bei einer beispiellosen Leistungsfähigkeit mit Hilfe der technischen Apparatur könnten alle, alle Kulturbedürfnisse in überreichlichem Maße befriedigt werden, und eine Verteilung der anfallenden Arbeitslast auf alle arbeitsfähigen Schultern würde sofort Platz schaffen am Tische des Lebens auch für die junge Generation. Mangelnde Vernunft in der Wirtschaftsführung ist die Ursache der Not; mit den Lebensnotwendigkeiten sind die heutigen Besitztitel an den Wirtschaftsstätten nicht mehr vereinbar. An diesem Widerspruch leidet die ganze Menschheit.

Weihnacht ist, Wintersonnenwende! Gefeiert wird aus dem Bewußtsein, daß unter der harten Frostdecke neues Leben keimt, das hervorbricht, wenn es lebensfähig geworden ist. Die Jungen sollen nicht einfach hoffen, sondern erkennen und helfen, und die anderen dürfen über der eigenen Not nicht die besondere der Jungen vergessen.

Eine Jugend wurde auf den Schlachtfeldern geopfert, die zweite lebt noch, wenn auch zermürbt. Möchte sie sich aufraffen, ihre Ansprüche geltend machen auf Leben bei den kapitalistischen, politischen und wirtschaftlichen Inhabern der Gewalt. Weil diese aber die unbegründete Not nicht beseitigen können, so stellen wir ihrem Besitz, ihrer Gewalt unser Recht zum Leben entgegen. Änderung der Wirtschaftsform schafft allein den erforderlichen Lebensraum und beendet allein die sonst unabsehbare Tragödie der Jungen.

Vergiftet die Kinder nicht!

Wir stehen vor dem Fest, das vor fast zwei Jahrtausenden „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" verheißen hat. Ein jeder möchte da Freuden spenden, wenn er nach altem Brauch Weihnachtsgaben an alt und jung austeilt.

Weihnachten ist das Fest der Kinder; drum ist das ganze Jahr hindurch die Spielwarenindustrie am Werk, die schönsten und überraschendsten Dinge zur Freude für die Jugend auf den Markt zu bringen. Die Ausstellungen und Anzeigen der Verkaufsläden locken durch die mannigfaltigsten Spielsachen kaufendes Publikum an, das ob der naturgetreuen Nachbildungen so entzückt ist, daß es gar nichts anderes zu tun bedenkt, als seinen Kindern diese Dinge unter den Weihnachtsbaum zu legen.

Worin bestehen nun zum großen Teil diese Spielzeuge? In einer Kriegsindustrie, wie sie naturähnlicher und phantasieaufreizender gar nicht ausgedacht werden kann. Panzerkreuzer und Torpedoboote, Tanks und Kanonen, Mörser, Handgranaten und Minenwerfer, Gewehre, Vorder- und Hinterlader, Säbel, Pistolen, Uniformen, Soldaten aller Gattungen und Nationen, ja selbst Verwundete und Tote sind in Nachbildungen aus Zinn oder Plastilin nicht vergessen. Alles in billiger wie in teuerster Herstellung, damit unserer Jugend, aus welcher Schicht sie auch sei, das Heil solcher Gaben zuteil werden kann!

Eltern und Erzieher, protestiert gegen solche furchtbaren Dinge, die die Phantasie unserer Kinder nicht anregen, sondern vergiften. Die Kinderstube ist grundlegend für den Charakter der Jugend, die Eltern tragen die volle Verantwortung nicht nur für die körperliche, sondern auch für die geistige und moralische Erziehung ihrer Kinder. Fahrlässigkeit ist eine Sünde, die sich bitter rächt.

Die Kinderstube legt das Fundament zur Weltanschauung des Menschen. Wir alle wünschen unseren Kindern bessere Zeiten, als sie uns seit fast zwei Jahrzehnten zu tragen auferlegt sind. Ja nur diese Hoffnung gibt uns die Kraft, mit so bewundernswerter Geduld unser schweres Schicksal zu tragen. Drum heißt es hier doppelt aufpassen und handeln, um unsere Kinder zur Eintracht und Friedfertigkeit, zu Rücksichtnahme und Achtung, zu Bereitschaft und Liebe unter den Menschen zu erziehen.

Drum kauft nicht die Waren, ganz gleich welcher Art, die geeignet sind, Kriegsphantasien im kindlichen Geist zu erzeugen; pflanzt auch damit in die kindlichen Gemüter den Gedanken der Menschenverbrüderung und der Völkerversöhnung.

Mit dem Papierhelm, mit den Bleisoldaten beginnt es, und das Ende ist das grauenvolle Schlachten.

Leipart und Schleicher

Zur Abwehr von Irrtümern und Unterstellungen

Die Wiedergabe einer Unterredung zwischen Theodor Leipart und einem Pariser Zeitungsmann, von der auch in einem Teil der deutschen Presse Notiz genommen worden ist, gab dem Kollegen Leipart Veranlassung zu folgendem Schreiben an die Redaktion des „Excelsior" in Paris:

In Ihrer Ausgabe vom 4. Dezember d. J. bringen Sie unter der Überschrift Les pourparlers entre von Schleicher et les syndicats Ouvriers (Die Unterhandlungen zwischen Schleicher und den Arbeitergewerkschaften) einen Bericht Ihres Korrespondenten aus Berlin, der eine Unterredung mit mir wiedergibt. Dieser Bericht enthält mehrere Unrichtigkeiten, die mich zwingen, Sie um folgende Richtigstellung zu ersuchen:

1. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir die Frage gestellt hätte, ob der von mir geführte Gewerkschaftsbund dem General von Schleicher die für die Befestigung seiner Macht benötigte Waffenruhe gewähren würde. Jedenfalls hat Ihr Korrespondent selber gewußt, daß über eine solche Waffenruhe nicht die Gewerkschaften, sondern die politischen Parteien im Reichstag zu entscheiden hatten.

2. Es ist unwahr, daß ich erklärt hätte, die Regierung müsse „für einige Zeit" die Verfassungs- und Wahlreformpläne beiseite lassen. Ich habe vielmehr Ihren Korrespondenten auf die Mitteilungen der Presse verwiesen, daß Herr von Schleicher selber diese Reformpläne nicht für zeitgemäß halte.

3. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir vorgehalten hätte, die Gewerkschaften würden gegen einfache Versprechungen sich der militärischen Kontrolle unterwerfen.

4. Es ist deshalb auch unwahr, daß ich auf die Worte „militärische Kontrolle" ein protestierendes Aufspringen nicht habe unterdrücken können. Hätte Ihr Korrespondent eine solche oder ähnliche Bemerkung zu mir geäußert, so würde ich die darin liegende beleidigende Unterstellung mit derben Worten zurückgewiesen haben.

5. Es ist unrichtig, daß ich eine lebhafte Bewunderung für Herrn von Schleicher geäußert hätte. Mein angeblicher Eifer, den Ihr Korrespondent bemerkt haben will, zeigte sich höchstens, als Ihr Korrespondent wiederholt die Ansicht vertrat, die Berufung des Generals zum Reichskanzler werde in Frankreich große Beunruhigung hervorrufen. Ich habe geantwortet, daß angesichts der Friedensliebe des deutschen Volkes hierfür kein Grund vorliege und daß auch von Schleicher nicht der Mann sei, wie Ihr Korrespondent sich ihn anscheinend vorstellte.

Wie stehts mit deiner Freundin!

Die Frage ist an dich gerichtet, Kollegin. Du hast doch noch eine Freundin, nicht wahr? Und wie ist das mit dieser Freundin in puncto Organisation? Siehst du, vielleicht hast du noch gar nicht darüber nachgedacht. Zwei Freundinnen haben allerdings andere Dinge miteinander zu besprechen als Organisationsfragen, das weiß ich. Und wenn ich ehrlich sein soll: Ich habe auch monatelang mit meiner Freundin nicht über Organisation und so gesprochen. Aber jetzt, das heißt vor vierzehn Tagen, habe ich es doch getan.

Ich habe nämlich gelesen, daß in diesen Wintermonaten eine große Werbeaktion für die Gewerkschaften durchgeführt werden soll. Da habe ich mich auch wieder daran erinnert, daß meine Freundin noch nicht organisiert ist. Ich wußte das zwar schon lange. Schon damals, als sie bei uns anfing, sagte sie nämlich, daß sie für sowas nichts gäbe. Ich habe ihr lange zugeredet, aber nichts ausgerichtet. Dann habe ich sie in Ruhe gelassen damit und bin doch immer mit ihr gegangen. Weil sie nämlich ein so liebes Mädel ist.

Und dann habe ich doch wieder von der Organisation angefangen. Eben dann, als ich von der großen Werbeaktion gelesen habe. Das gilt ja doch auch für unsere Berufsorganisation, nicht wahr? Ich bin zwar nicht mit der Tür ins Haus gefallen, wie man sagt. Im Gegenteil, ich habe zuerst mit ihr über ganz andere Dinge geredet. Über die Kurzarbeit, die schlechte Behandlung und schlechte Bezahlung und all solche Sachen. Und gestaunt habe ich dabei, wie meine Freundin sich dafür interessiert hat. „Ja," meinte sie auf meine Frage, „jetzt reden unsere Mannsleute zu Hause überhaupt nur noch von solchen Geschichten, da lernt man das ja allmählich."

Die Sache ist gut — dachte ich für mich. Und dann lenkte ich um. Ob man da nicht eine Änderung schaffen könnte und müßte? Aber leider — und hier wurde mir ein bißchen angst, was sie tun würde — sähen das die Kolleginnen nicht alle ein, sie wären zu gleichgültig und scheuten sich, mit der Organisation zusammenzustehn. Aber sie hat gar nichts gesagt, sondern nur die eine Schulter hoch- und den Mund dabei schiefgezogen. Da habe ich wieder abgelenkt und gedacht, daß das immerhin schon mehr sei, als ihr früheres Nein.

Drei Tage später war Versammlung der Kolleginnen. Da habe ich ihr solange zugeredet, bis sie mit mir ging.

Da hat sie gestaunt. Sie war ganz weg, als sie hörte, wie die Kolleginnen für ihre Sache fochten und die Mißstände erörterten. Und ohne daß ich sie fragte, sagte sie mir, daß sie Lust bekäme, sich auch bei uns aufnehmen zu lassen. Ich war natürlich sofort dabei und holte ihr einen Aufnahmeschein. Ich glaube bestimmt, sie wird jetzt bei uns bleiben, denn sie sagte mir, daß sie heimlich eigentlich schon lange im Zweifel gewesen sei, ob ihre frühere Auffassung von der Organisation richtig gewesen wäre.

Wieso sie zu diesem Zweifel gekommen sei?

Ja, meinte sie, die vielen Versammlungen und Flugblätter bei den vielen Wahlen hätten daran viel Schuld gehabt, denn man denkt ja doch auch mal darüber nach. —

Und siehst du, liebe Kollegin, das ist es, was wir jetzt ausnutzen müssen. Forsche auch du einmal bei deiner Freundin, ob sie heute nicht doch reif ist für die Organisation. Die Kolleginnen alle, soweit sie im Berufe sind, fühlen, daß wir uns in einem gefährlichen Strudel befinden. Und sie haben alle Bedarf an einer helfenden und stützenden Kraft. Das kann doch nur die Berufsorganisation sein. Wir dürfen deshalb als Kolleginnen nicht abseits stehen, wenn nun zur Werbung aufgerufen wird. Wenn jede von uns, also auch du, Kollegin, eine unorganisierte Freundin oder Kollegin gewinnen kann, dann ist schon viel erreicht. Es kommt oft nur auf den Versuch an und den Willen zum Erfolg. Also, Kollegin, zeige, daß du dasselbe kannst wie andere, daß auch du wenigstens eine Kollegin unserem Verbande zuzuführen verstehst.

Eine Kollegin.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem **25. Dezember,** ist der **53. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **25.—31. Dezember 1932** fällig.

•

Dieses Jahr wird wieder ein **53. Wochenbeitrag** fällig. Im Monat Dezember 1932 sind deshalb 5 Beitragsmarken zu verwenden. In den alten Mitgliedsbüchern stehen im 53. Beitragsfeld die Worte: „Jedes 6. Jahr". Die Berechnung war unrichtig und ist deshalb schon seit Jahren in den neu ausgegebenen Mitgliedsbüchern der Vermerk fortgelassen worden. In jedem Gemeinjahr mit 365 Tagen bleibt 1 Tag über 52 Wochen übrig. Im Schaltjahr mit 366 Tagen beträgt die Differenz 2 Tage. Dadurch ergibt sich im Laufe von 6 Jahren eine volle Woche Überschuß. Fallen nun in die Zeit zwischen der Erhebung des 53. Beitrages zwei Schaltjahre, wie es von 1927 bis 1932 zutrifft, so ist ein weiterer Tag mehr, der das Vorrücken der Erhebung um ein Jahr bedingt. Ein Ausfall ist nicht möglich. Der Verband erhebt für die Woche vom 25. bis 31. Dezember den Beitrag und zahlt auch für diese Woche Unterstützung.

•

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 zu ermäßigen.

Das Beitrittsgeld beträgt danach
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . 50 Pf.
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . 25 Pf.
für Jugendliche beiderlei Geschlechts
sowie für Lehrlinge . . . . . 15 Pf.

•

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Landsberg a. W. der Maschinenarbeiter Hermann Rahn, geb. am 28. Mai 1885 in Berlinchen, Mitgliedsbuch Nr. 6 118 682, wegen Markenmanipulationen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Hirschberg im Riesengebirge. Lokalgeschenk wird ab 1. Januar 1933 nicht mehr gezahlt.

Jubilarfeiern

Über 200 Kollegen waren es, die in diesem Jahr in Kiel auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken konnten. Aus diesem Anlaß fand im Gewerkschaftshaus eine Feier statt, die einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Der Kollege Fritz Böttcher dankte den Jubilaren im Auftrage des Hauptvorstandes und der Ortsverwaltung. Die unerhörte Arbeitslosigkeit, die auch zwei Drittel der Jubilare zu Schicksalsgenossen der 6 Millionen Erwerbslosen gemacht habe, lasse nicht ans Ausruhen denken. Es gelte, die in langem Kampf erzwungenen Rechte der Arbeiter gegen die Herrenklubreaktion zu verteidigen. Sodann wurde den Jubilaren ein Ehrendiplom nebst einigen Geschenken überreicht. Ein Tanz, in dessen Pausen die Tanzgruppe der freien Turner ausgezeichnete Proben ihres Könnens zeigte, beendete die Veranstaltung.

•

Die Verwaltungsstelle in Heilbronn hielt am 10. Dezember ihre dritte Jubilarfeier ab. Waren es im Jahre 1925 35, 1929 70, so waren es jetzt 200 Kollegen, die dem Verband 25 bis 30 Jahre angehören.

Im Auftrage der Ortsverwaltung begrüßte Kollege Baßler die stattliche Versammlung. Die Festrede hielt der Bezirksleiter Scheck. Er gab einen Überblick über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und über die Stellung des Metallarbeiter-Verbandes im besonderen in der Eisernen Internationale. Zum Schluß appellierte er an alle Kollegen, alles einzusetzen für die Einheit der Arbeiterbewegung. Jeder Jubilar bekam eine Ehrenurkunde, eine silberne Verbandsnadel und ein kleines Geldgeschenk. Im Namen der Jubilare dankte der Kollege Hermann Greiner für die Ehrung und gab einen Überblick über die Zeit, wo die Jubilare der Organisation beigetreten sind. In vorgerückter Stunde trennten sich die Teilnehmer, denen seit längerer Zeit mal wieder Gelegenheit geboten war, mit alten Kampfgenossen Erinnerungen über vergangene Zeiten auszutauschen.

Vom kapitalistischen Paradies

Hungermarsch der Farmer

Am 5. Dezember trat das amerikanische Parlament (das vor zwei Jahren erkorene, nicht das neue, dessen Amtszeit erst nächsten März beginnt) zum letzten Male zusammen. Für diesen Tag waren in Washington neue Haufen Hungermarscher zu erwarten. Ihre Hauptgruppe werden die Farmer bilden, die den Marsch seit Monaten organisierten. Die Farmer haben Vertreter gewählt, die dem Parlament an Ort und Stelle ihre Nöte und Forderungen beibringen sollen. Der Sekretär der Farmerorganisation erklärt, durch die verzweifelte Lage zu dem Mittel des Hungermarsches gezwungen zu sein. Wir haben, so heißt es im Mitteilungsblatt der Farmer, zwei Möglichkeiten: entweder wir warten, bis uns der Gerichtsvollzieher befiehlt, unsere Farmen zu verlassen und in die Brotlinie einzutreten — oder wir bestehen auf unserm Recht als menschliche Wesen und weigern uns hartnäckig, die Folgen des nationalen Ruins zu tragen, den wir nicht verursacht haben.

Es kann, so heißt es in dem Mitteilungsblatt weiter, von keiner Belebung der Landwirtschaft die Rede sein, solange 15 Millionen Männer und Frauen nicht zur Arbeit zurückkehren. Da derselbe Zustand in andern Ländern vorherrscht, können uns diese nicht unsere Erzeugnisse abkaufen. Wir verlangen daher für unsre Schulden einen Zahlungsaufschub. Weiter verlangen wir Hilfe in Bargeld für die unter uns, die hungern und deren Kinder krank sind.

Von der Not der amerikanischen Farmer gibt eine Veröffentlichung des Landwirtschaftsministeriums ein beredtes Bild. Danach betrug, um nur ein paar Zahlen wiederzugeben, das Einkommen der amerikanischen Landwirtschaft im Jahre 1929 11 950 Millionen Dollar, im Jahre 1932 dagegen nur 5240 Millionen. Anders ausgedrückt: der amerikanische Farmer hat in den letzten vier Jahren 66 vH seines Gesamteinkommens eingebüßt. Trotz Sparen im Kleinen und Kleinsten ist das durchschnittliche Reineinkommen je Farm von 1929 bis 1931 von 847 auf 342 Dollar gesunken. Für das Jahr 1932 liegen noch keine Zahlen vor; es kann aber als sicher gelten, daß das Reineinkommen noch bedeutend geringer ist — man spricht von 178 Dollar — als 1931. Die Schrumpfung des Einkommens läßt die Farmer nicht mehr dazu kommen, Kunstdünger und Maschinen oder Geräte zu kaufen, so daß die in Frage kommenden Industrien brach liegen. Die durch den Gerichtsvollzieher von ihren Höfen getriebenen Bauern wandern in die Städte, wo sie die Schlangen vor den öffentlichen Wohlfahrtsstellen verlängern. Bauern betteln um Brot — bei vollen Scheuern . . .

Die Farmer marschieren jedoch nicht allein nach Washington. Die Kriegsveteranen, die vor einigen Monaten mit Tanks und Gasbomben aus der Hauptstadt vertrieben wurden, sind ebenfalls wieder im Anmarsch. Sie vereinen sich unterwegs mit erwerbslosen Industriearbeitern, die gleichfalls nach Washington ziehen. Wenn man amerikanischen Meldungen glauben darf, kommt es zuweilen zu Handgemengen zwischen der Ortspolizei und den Hungermarschern, die, wenn sie von den Gemeinden an der Marschstraße nicht unterstützt werden, die Rathäuser stürmen oder doch den Gemeindebehörden garstige Viertelstunden bereiten. Die Gemeindebehörden scheinen stillschweigend die Abmachung getroffen zu haben: die Hungermarscher schnell zu unterstützen und sie schnell wieder abzuschieben.

Durch die Vertreibung der Kriegsveteranen mit militärischen Machtmitteln hat der Ruf Washingtons schwer gelitten. Im ganzen Lande gab es helle Empörung über die brutale Behandlung von hungrigen Bürgern, die einst Leben und Gesundheit für das Land riskiert hatten. Um nicht wieder zur brutalen Vertreibung hungernder Bürger greifen zu müssen, trifft die Washingtoner Polizei allerhand Vorkehrungen. Sie empfängt die ankommenden Haufen weit draußen und führt sie um die Stadt herum in Lager zur Verpflegung und zum — Weitermarsch. Ob das auch dann noch gelingt, wenn die großen Haufen eintreffen, kann füglich bezweifelt werden. So steht zu befürchten, daß es für die Behörden bald wieder „häßliche Affären" gibt wie vor Monaten mit den Veteranen.

Die steigende Erwerbslosigkeit in Landwirtschaft und Industrie läßt in der Presse die bange Frage aufwerfen: Sollen Amerikaner Hungers sterben? Diese Frage wird lebendig gehalten durch ständige Umzüge der Erwerbslosen in den Großstädten. 20 Millionen Menschen bedürfen der öffentlichen Hilfe. Die 300 Millionen Dollar, die letzten August von der Bundeskasse bewilligt wurden, stellen nicht einmal den Tropfen auf den heißen Stein dar. Die Gemeinden stehen nahe am Bankrott; einige Großstädte können nicht einmal mehr ihre Polizei und die andern Beamten bezahlen. Der Bund muß folglich eingreifen. Um die 20 Millionen Hilfsbedürftigen knapp vor dem Verhungern zu retten, sind im kommenden Jahr mindestens 2 Milliarden Dollar unerläßlich, die von den Gemeinden, den Staaten und dem Bund aufzubringen

sind. Und das zu einer Zeit, wo die Löcher in den Kassen die Behörden zu heller Verzweiflung bringen.

Just zu der Zeit, wo die Rufe nach staatlicher Unterstützung der Erwerbslosen ertönen und die Fehlbeträge in den öffentlichen Kassen erschreckend groß sind, kommt von den einstigen Kriegsverbündeten das Verlangen nach Streichung der Schulden oder doch nach ihrer Herabsetzung und Stundung. Man kann sich leicht vorstellen, wie unter solchen Umständen das Verlangen aufgenommen wird. Der Mann von der amerikanischen Straße meint, die Wohltätigkeit habe daheim zu beginnen; erst müsse man den eigenen Bürgern helfen, ehe man an die Schuldner im zurückgebliebenen Europa denke. Denn wenn man in der Frage der Schuldenstreichung entgegenkomme, hätte der amerikanische Steuerzahler die Schuldenlast auf sich zu nehmen, und es sei dann noch weniger Geld für die Erwerbslosen da. Im übrigen sollten die Europäer ihre Kriegsrüstung aufgeben, dann hätten sie Mittel genug, ihren Verpflichtungen Amerika gegenüber nachzukommen. Solange das nicht geschehe, müsse man die Klagen über die Not der Europäer für eitlen Vorwand halten, sich vom Zahlen zu drücken.

Diese Meinung, die fast allgemein vorherrscht, kann keine Regierung übergehen, zumal ein Beschluß des Parlaments vorliegt, der verbietet, in eine Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden einzuwilligen. Ob das neue Abgeordnetenhaus, das erst in vier Monaten zusammentritt, den Beschluß aufhebt, muß abgewartet werden. Zur Stunde sieht es bestimmt nicht so aus.

Wie steht's in der Schweiz?

Die blutigen Ereignisse in Genf haben bewiesen, daß auch in der Schweiz tiefgehende Spannungen vorhanden sind. Obschon die Genfer Straßenkämpfe nicht wirtschaftlichen oder gewerkschaftlichen Ursprungs waren, sondern politischen Charakter trugen, so erhielten sie doch ihren Antrieb aus dem allgemeinen Zersetzungsprozeß, der auch an der Oberschicht Genfs nicht haltmacht. Verschiedene Skandale hatten dessen Bourgeoisie arg bloßgestellt. Dazu kam starke Arbeitslosigkeit, die beim Mangel einer ausgebauten Sozialfürsorge besonders hart empfunden wird. Dazu kam ein seit Jahren der Arbeiterschaft gegenüber provokatorisches Auftreten, das die Sünden der Genfer Oberschicht zu verhüllen versuchte.

Auf einem so beschaffenen Boden, auf dem eine international sehr gemischte Bevölkerung wohnt, waren auch ohnedies Spannungen leichter zur Auslösung zu bringen. Und so kam es dann beim Versuch, eine Demonstrationsversammlung der Genfer faschistischen Kreise zu verhindern, zu dem militärischen Eingriff, der 13 Tote und über 60 mehr oder weniger schwer Verwundete verursachte. Es wäre aber falsch, von den politisch zugespitzten Verhältnissen in Genf auf die allgemeine Lage der Schweiz zu schließen. Wohl sind die Verhältnisse in den Industrieorten infolge Kurzarbeit und teilweiser Ganzstillegung von Fabrikabteilungen gedrückt, aber es stehen fast überall bessere gewerkschaftliche Organisationen als Stütze der Arbeiterschaft da, als dies in Genf der Fall ist.

Im allgemeinen traten die Krisenerscheinungen in der Schweiz später in Erscheinung als im Auslande. Infolgedessen ist heute der Zersetzungsprozeß noch nicht so weit fortgeschritten wie anderwärts. Eine stark verteidigte Lohnhöhe vermochte die Kaufkraft verhältnismäßig lange zu erhalten und half die Depressionserscheinungen abbremsen. Industrie und Gewerbe verfügen zudem über nicht unwesentliche Reserven aus frühern bessern Zeiten. So blieb die Krise lange Zeit auf Teile der Textilindustrie und auf die Uhrenindustrie beschränkt. Erst im Laufe des letzten Jahres erfolgten stärkere Einbrüche in den Geschäftsablauf der Metall- und Maschinenindustrie, die nebst der Uhrenindustrie die wichtigste in der Schweiz ist. Das Gewerbe blieb bis heute verschont, mit Ausnahme desjenigen Teils, der von dem stark verminderten Fremdenverkehr abhängig ist.

Mit dem Schlechterwerden des Beschäftigungsgrades mehrten sich auch sofort die Begehren auf Lohnkürzungen. Keine Firma wagte zwar ernsthaft zu behaupten, daß sie zufolge der Lohnkürzungen mehr Arbeit hereinbringen werde. Die Lohnkürzungen sollten lediglich der innern Sanierung des Betriebes dienen. Die Arbeiterschaft leistete und leistet nach wie vor tatkräftigen Widerstand, auch mit dem Mittel des Streikes. Daß der Lohnabbau die schweizerischen Industrien nicht flottmachen wird, beweisen die umliegenden Staaten, die trotz Lohnabbau — oder gerade deswegen — immer weiter ins Schlamassel geraten, weil die Kaufkraft zerstört wurde. Aber trotz dieser Zeugen einer verfehlten Politik setzen die Lohnabbauer auch in der Schweiz immer wieder neu an.

Im ganzen genommen darf gesagt werden, daß infolge des Widerstands der Gewerkschaften die Lohnkürzungsgelüste der Unternehmer ganz bedeutend heruntergeschraubt wurden. In der Metall- und Maschinenindustrie wurde bis jetzt durchgehend kein Lohnabbau vorgenommen. Dagegen haben einzelne Betriebe einen solchen durchgesetzt. Die betriebsweise Aktion hat eigentlich erst jetzt eingesetzt. Die Lohnkürzungen werden durchschnittlich 5 bis 10 vH ausmachen. Daneben sind auch Kürzungen in den Stückpreisen vorgenommen worden, die genau zu erfassen nicht möglich sind. Ein indirekter Lohnabbau wird auch da vorgenommen, wo noch neue Arbeiter eingestellt werden können, indem die Einstellungen zu niedrigeren Löhnen erfolgen. Tarifliche Lohnregelungen bestehen in der Metall- und Maschinenindustrie nicht. Sie sind nur im Gewerbe zu treffen.

Nun kommt auch der Bund, der Staat, mit einer Lohnabbauvorlage. Bereits haben Nationalrat und Ständerat nach heftigen Debatten einen Abbau, der ursprünglich auf 10 vH gehen sollte, zugestimmt und einen solchen von 7½ vH vorgesehen. Er soll mit 1. Juli 1933 für das gesamte Bundespersonal in Kraft treten. Die Arbeiterschaft wird nun das Referendum ergreifen, um die Sache von der Volksabstimmung entscheiden zu lassen.

Im Gewerbe zeigten sich, wie gesagt, bis jetzt wenig Lohnabbaubestrebungen. Sie werden jedoch kaum ausbleiben, wenn die Bautätigkeit zurückgehen sollte. Im Gewerbe bestehen allerdings Verträge, die eine Abbaubewegung hinauszögern. Aber auch der bisherige Geschäftsgang war den reaktionären Bestrebungen der Unternehmer hinderlich.

Im übrigen wachsen die Lasten des Bundes, der Kantone und Gemeinden infolge der Arbeitslosigkeit erheblich. Die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherungskassen sind teilweise bereits gefährdet, da die Steuerkraft zurückgeht. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft hat daher die Volksinitiative zur Schaffung einer eidgenössischen Krisensteuer ergriffen. Sie ist ähnlich der einstigen Kriegssteuer gedacht. Sie belastet jedoch mehr nach oben und entlastet unten. Sie soll beginnen bei einem Jahreseinkommen von 7000 Fr. und einem Vermögen von 20 000 Fr. Beträge unter diesen Sätzen sind steuerfrei. Natürlich muß die Steuer eingeführt werden, bevor die Wirtschaft zerstört ist, sonst bringt sie nichts ein. Übrigens sind auch für die Betriebe Erleichterungen vorgesehen, indem die Betriebe steuerfrei sind, die keinen Reingewinn abwerfen. Die Unterschriftensammlung läuft gegenwärtig. Sie wird, das kann schon jetzt gesagt werden, eine Rekordzahl ergeben.

Wenn auch in der Uhrenindustrie 80 vH der Leute von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, wenn auch in der Metallindustrie große Betriebe unter Kurz- und Ganzarbeitslosigkeit leiden, so ist die gewerkschaftliche Organisation bis jetzt doch in erfreulichem Maße intakt geblieben. Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiter-Verband hat nicht nur keinen Verlust erlitten, sondern die Mitgliederzahl hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Es ist das nicht zuletzt der vom Verband geführten Arbeitslosenversicherung zuzuschreiben. Auch politisch hält die Arbeiterschaft prächtig Stand, was gerade jüngst wieder die Wahlen in verschiedenen Gemeinden bewiesen.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die Schweiz wohl auch von der Weltkrise angegriffen erscheint, daß aber durch das spätere Einsetzen eine Lähmung der Wirtschaft nicht in dem Maße erfolgt ist, wie dies zum Teil im Ausland der Fall war. Leider lassen sich für die Zukunft keine günstigen Voraussagen machen, da unser Land auf Ausfuhr angewiesen und demzufolge mit der übrigen Welt schicksalsverbunden ist.

Danzig murkst wie Papen

Da durch die Nazipolitik das Danziger Parlament arbeitsunfähig geworden ist, hat sich der Senat mangels eines Staatspräsidenten von den Nazis ein „Ermächtigungsgesetz" geben lassen, womit er in der Lage ist, alles durch Verordnungen zu bestimmen. Die neueste dieser Verordnungen vom 2. Dezember nennt sich „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit". Nach ihr können die Unternehmer die Arbeitszeit bis auf vierzig Stunden in der Woche herabsetzen. Der Schlichter kann auf Antrag des Unternehmers oder der Arbeiterschaft eine darüber hinausgehende Kürzung der Arbeitszeit anordnen. Der Senat kann den Fabrikanten für die Verkürzung der Arbeitszeit die Befreiung von der Lohnsummensteuer (1 vH der Lohnsumme) zugestehen. Bedingung ist, daß der Unternehmer mittel- oder unmittelbar durch die Kürzung der Arbeitszeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen hat.

Wird die Arbeitszeit verkürzt, so tritt eine entsprechende Senkung der Löhne ein. Stehen dem tarifliche Bestimmungen im Wege, werden sie durch die Verordnung automatisch außer Kraft gesetzt. Soweit im Hinblick auf bestehende tarifliche Bindungen neue Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern notwendig sind und nicht zustande kommen, werden Schlichtungsverfahren von Amts wegen eingeleitet.

Diese Verordnung bringt den schon durch die Papenverordnung im Reiche herbeigeführten Einbruch in das Tarifwesen, drückt das Schlichtungswesen zu einer diktatorisch arbeitenden Maschine herab und senkt weiter die Löhne, die fast nur noch 50 vH der Höhe des Jahres 1930 haben. Den Unternehmern wird statt Steuergutscheine die Lohnsummensteuer erlassen und darüber hinaus Möglichkeiten zur weiteren Lohnsenkung gegeben.

Weiter bringt diese Verordnung Bestimmungen, die so etwas wie ein Eingriff in das technische Bestimmungsrecht des Unternehmers bedeutet: Veränderungen im Betriebe und neue Maschinen, die geeignet sind, die Zahl der Arbeiter zu verringern, bedürfen der Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes. Versagt das Gewerbeaufsichtsamt die Genehmigung, so entscheidet auf Beschwerde ein Ausschuß, in dem je ein Vertreter der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Landwirtschaft und zwei von der Regierung bestellte Mitglieder sitzen. Eine Verletzung dieser Verordnung wird mit Geldstrafe von 3 bis 6000 Gulden geahndet.

Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung, die Vierzigstundenwoche, ist nun in Danzig in einer Weise erfolgt, die hellste Empörung hervorruft. Ohne Anhörung der verfassungsmäßig anerkannten Vertretungen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, ist die Verordnung, die nur dem Unternehmer materiellen Vorteil bietet, erlassen worden. Die Danziger Gewerkschaften, soweit sie im Ortsausschuß des ADGB vereinigt sind, erklären dieser Verordnung den Krieg. In einer Entschließung protestieren sie gegen den neuen Lohnabbau, den staatlichen Eingriff ins Tarifrecht und den Arbeitsvertrag, zugleich wird vom Senat verlangt, daß er bei gesetzgeberischen Maßnahmen sich mit der Vertretung der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, in Verbindung setzt.

Entbehrungslöhner

Das Unternehmen Deutsche Gold- und Silber-Scheide-Anstalt AG hat insgesamt 10 Direktoren. Diese Herren haben im verflossenen Geschäftsjahr die Summe von 1 100 000 M. bezogen. Auf jeden entfällt also das runde Sümmchen von 110 000 M. Das ist ungefähr so viel wie 2300 Arbeitslose im Jahr Unterstützung erhalten. Eine herrliche Gesellschaftsordnung!

Die Bürgersteuer 1933

Auf der kürzlich zugestellten Steuerkarte für 1933 findet jeder den Betrag, der 1933 als Bürgersteuer zu zahlen ist. Wer von den Verheirateten gehofft hat, daß er nach dem Wegfall des Frauenzuschlages nun weniger zu zahlen brauche, wird bitter enttäuscht sein, denn sie und auch die Ledigen müssen jetzt viel mehr blechen als je in einem Jahr vorher. Im folgenden veröffentlichen wir die wichtigsten Vorschriften über die Bürgersteuer 1933.

Wer ist bürgersteuerpflichtig? Grundsätzlich alle Personen, die am 10. Oktober 1932 18 Jahre alt waren und an diesem Tage im Gemeindebezirk wohnten; bisher war die Altersgrenze 20 Jahre. Eine weitere Voraussetzung ist, daß das Einkommen die allgemeine Freigrenze überschreitet; von dieser ist weiter unten noch die Rede.

Wer ist bürgersteuerfrei? Personen, die 1. am 10. Oktober 1932 vom öffentlichen Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in seiner Ausübung behindert waren; 2. an den Fälligkeitstagen der Bürgersteuer die Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, oder 3. laufend öffentliche Fürsorge genießen, oder 4. Renten aus der Sozialversicherung empfangen und deren gesamtes Jahreseinkommen 900 M nicht übersteigt, oder 5. eine Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz erhalten, und 6. Personen, von denen nach den Verhältnissen am Fälligkeitstage anzunehmen ist, daß ihre gesamten Jahreseinkünfte 1933 den Betrag nicht übersteigen werden, den sie nach ihrem Familienstand am 10. Oktober 1932 und nach den an diesem Tage geltenden Richtsätzen im Falle der Hilfsbedürftigkeit als Wohlfahrtsunterstützung in einem Jahr erhalten würden. Diese Freigrenze ist auf der Steuerkarte vermerkt; fehlt sie, so hat der Unternehmer den Betrag als Freigrenze zu behandeln, der sich nach den für die Gemeinde selbst geltenden Richtsätzen ergibt. Das beste wird jedoch sein, daß der Arbeiter bei der zuständigen Gemeindebehörde eine entsprechende Ergänzung seiner Steuerkarte beantragt.

Bei der Schätzung der Jahreseinkünfte ist von dem Lohn auszugehen, der bei der nächsten auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlung zu zahlen ist. Dabei sind die üblichen steuerfreien Beträge nicht zu berücksichtigen. Das Einkommen von Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, ist zusammenzurechnen. Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung und Unterstützungen wegen Hilfsbedürftigkeit gelten nicht als Einkommen, dagegen aber die Bezüge aus der Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung. Liegen die Voraussetzungen in den Fällen 2 bis 6 nur an einem Fälligkeitstage vor, so gilt die Befreiung nur für den an diesem Fälligkeitstage zu zahlenden Teilbetrag der Bürgersteuer.

Wie hoch ist die Bürgersteuer? Die Höhe richtet sich nach der Höhe des Einkommens und den Beschlüssen der Gemeinden. Der Grundtarif (Landessatz) der Bürgersteuer ist 6 M bei Jahreseinkommen bis 4500 M, 9 M über 4500 M bis 6000 M. Zu den Landessätzen kommen die Gemeindezuschläge, die in Hundertsätzen zum Grundtarif erhoben werden. Unter Zugrundelegung des niedrigsten Landessatzes von 6 M beträgt die Bürgersteuer beispielsweise bei 300 vH Zuschlag 18 M, bei 500 vH Zuschlag 30 M usw.

Der Berechnung der Bürgersteuer für 1933 wird grundsätzlich das Bruttoeinkommen von 1931 zugrundegelegt. Ist der Steuerpflichtige erst 1932 unbeschränkt einkommensteuerpflichtig geworden, so wird vom mutmaßlichen Einkommen des Jahres 1933 ausgegangen. In beiden Fällen sind vom Bruttoeinkommen 1300 M als steuerfreier Betrag abzuziehen; hat also beispielsweise das Jahreseinkommen 5000 M betragen, dann wird mit einem bürgersteuerpflichtigen Einkommen von 3700 M gerechnet. Diese Bestimmung hat aber nur für solche Personen Bedeutung, deren Jahreseinkommen den Betrag von 4500 M übersteigt.

Ermäßigung des Steuersatzes. Für Personen, die einkommensteuerfrei sind, ermäßigt sich die Bürgersteuer auf die Hälfte des niedrigsten Landessatzes. Als einkommensteuerfrei ist ein Steuerpflichtiger anzusehen, wenn er und sein Ehegatte im Jahre 1931 so wenig verdient haben, daß sie die Einkommensteuer nicht zu zahlen brauchten. Für die Berechnung des Einkommen gelten auch hier die bereits erwähnten Vorschriften. Die Hälfte des niedrigsten Landessatzes (3 M statt 6 M) macht aus bei 300 vH Zuschlag 9 M, bei 500 vH Zuschlag 15 M usw. Ist das Einkommen 1932 gegenüber dem Einkommen von 1931 um mehr als 50 vH zurückgegangen, so wird die Bürgersteuer um den über 50 hinausgehenden Hundertsatz ermäßigt; zum Beispiel bei 80 vH Einkommensrückgang um 30 vH. Der Antrag muß bei der zuständigen Gemeindebehörde gestellt werden, die dann eine entsprechende Bescheinigung ausstellt, die dem Unternehmer vorzulegen ist.

Erhebung der Bürgersteuer. Die Bürgersteuer wird vom Unternehmer vom Lohn abgezogen, und zwar in der auf der Steuerkarte vermerkten Höhe. Wenn beide Ehegatten in Beschäftigung stehen, so wird die Bürgersteuer nur auf einer Steuerkarte angefordert, und zwar in der Regel auf der des Ehemannes. Bestand die Ehe am 10. Oktober 1932 noch nicht oder infolge Tod oder Scheidung nicht mehr, oder lebten die Ehegatten getrennt, so ist jeder Teil für sich wie ein Unverheirateter zur Steuerleistung heranzuziehen.

Wann zahlen? Die Bürgersteuer ist in gleichen Teilbeträgen zu zahlen, und zwar an den auf der Steuerkarte vermerkten Fälligkeitstagen. Der Unternehmer hat von der Einbehaltung der Bürgersteuer abzusehen, wenn der Arbeitslohn bei der nächsten auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlung die in der Steuerkarte angegebene Freigrenze nicht übersteigt. Wenn bei der nächsten auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohn wegen Nichtüberschreitens der steuerfreien Beträge nicht erfolgt, so ist an diesem Tage nur die Hälfte des niedrigsten Landessatzes entsprechende Teilbetrag der Bürgersteuer einzubehalten, vorausgesetzt, daß der Arbeiter nicht schon von vornherein nur diesen ermäßigten Steuersatz zu zahlen hat. In den Fällen, in denen der Arbeiter an einem Fälligkeitstage nicht in einem Arbeitsverhältnis steht, hat er den fälligen Teilbetrag selbst an die Gemeindekasse zu entrichten, sofern nicht etwa ein Befreiungsgrund vorliegt.

Gegen die etwaige falsche Berechnung der Bürgersteuer oder die nicht volle Berücksichtigung der Ermäßigungsvorschriften ist bei der zuständigen Gemeindebehörde sofort Einspruch zu erheben. Diese kann in bestimmten Fällen aus Billigkeitsgründen die Bürgersteuer stunden, ermäßigen oder auch ganz erlassen.

BANK UND SPARKASSE ALLER
ARBEITNEHMER
IST DIE
BANK
DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN, AG
BERLIN
Zentrale: SW 19, Märkisches Ufer 32 und Wallstraße 62, 65
Depositenkasse: SW 68, Lindenstr. 3
Filialen: Bochum, Viktorlastr. 46. Braunschweig, Oelschlägern 29. Bremen, Nordstr. 43. Breslau, Margaretenstr. 17. Dortmund, Münsterstraße 53. Dresden, Maxstraße 17. Essen, Huyssenallee 82. Frankfurt a. M., Bürgerstr. 69-77. Hamburg, Besenbinderhof 59. Hannover, Nikolaistr. 10. Köln a. Rh., Severinstr. 230. Leipzig, Zeitzer Str. 28. Liegnitz, Bismarckstr. 4. Lübeck, Königstr. 108. Magdeburg, Gr. Münzstr. 2. München, SO 7, Pestalozzistr. 40-42. Saarbrücken 3, Kaiserstr. 26. Stuttgart, Kronenstr. 24

zu schauen. Die Sache hat für uns Metallarbeiter noch einen besonderen Haken, denn der den Berliner Streik führende „Bonze" muß in dieser Schilderung auf einen ganz bestimmten Kollegen hinweisen. Welche Gründe mögen die Büchergilde bewogen haben, in dieser der Gewerkschaftsbewegung nicht günstigen Zeit mit solchen fragwürdigen Mischungen von Dichtung und Wahrheit aufzuwarten? P. Haase.

Die Komödie der Tiere. Von André Demaison. Das vorzüglich ausgestattete und in Leinen gebundene Buch der Büchergilde Gutenberg ist zum Preis von 2,70 M erhältlich. — Der Verfasser ist ein prächtiger Kenner und liebevoller Schilderer der Tierseele, der eine Reihe Tiere in ihrem Eigenleben belauscht hat. Er war es überdrüssig, den Tieren mit dem Gewehr in der Hand entgegenzutreten, darum gab er einigen Asylrecht in seinem Haus. Und sie wurden seine Freunde. Die schwarzen Eingeborenen finden die Handlungen dieses Mannes nicht recht und verlangen, daß die Tiere in den Urwald zurückgebracht werden. Das geschieht, aber dort gehen die Tiere zugrunde, weil sie nunmehr von ihren Artgenossen ausgestoßen werden. Ein sehr empfehlenswertes Buch.

Der weiße Magnet. Von Ernst Züchner. Preis 2,70 M. Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61. — Wir erfahren in diesem Buch von den Anstrengungen der Nationen, sich bei großen Entdeckungsfahrten wirtschaftliche Vorteile zu sichern, von dem Scheitern der meisten Expeditionen und von den heroischen Kämpfen und Bemühungen so mancher Seeleute und Forscher. Nansen findet neue Wege der wissenschaftlichen Forschungen und eröffnet damit das Nordpolgebiet. Das Buch hat spannende Stellen, in denen der Forscher und Expeditionsleiter selber spricht. Mit der Nobile-Tragödie schließt das Werk ab. Das Buch bringt in gedrängter Kürze eine umfassende Geschichte der gesamten Nordpolforschung.

Naturfreunde-Kalender 1933. Dieser Jahrweiser ist kein trockener Datenanzeiger, sondern Taggefährte, der dem arbeitenden Menschen immer sagt, wie schön die Welt ist. Der Kalender ist hervorragend im Bildmaterial, das uns Stimmungsbilder aus allen Jahreszeiten und allen Landschaften vermittelt. Die Naturfreundeheime aus den Gauen von Nord nach Süd, von Ost nach West fehlen nicht und laden den Betrachter zu frohem Rasten ein. Der Preis beträgt nur 1,35 M. Bezug durch die Volksbuchhandlungen oder direkt vom Verlag des TV „Die Naturfreunde", Nürnberg W, Sündersbühlstraße 5.

Sämtliche hier besprochenen Bücher können durch die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155, bezogen werden.

Erwerbslose helfen sich selbst

Ge-wo-ko. Mit der langen Dauer der Arbeitslosigkeit haben sich einige Formen der Selbsthilfe der Erwerbslosen herausgebildet. Die Selbsthilfe scheint besonders geeignet, um Nachbarhilfe und Fremdhilfe überhaupt stärker als mit den üblichen Mitteln der Werbung lebendig zu machen und zu halten.

Die in Frankfurt a. M., Berlin und neuerdings in Hamburg nach dem Prinzip der Selbsthilfe eingerichteten und geführten Gemeinschaftsküchen liefern eine beachtenswerte Anschauung für das wichtige Problem, die Erwerbslosen zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen und ihnen, wenn auch nur zeitweise, einen geregelten Arbeitsgang zu vermitteln. Die Erwerbslosen betrachten diese Küchen als ihr eigenes Werk. Die Bevölkerung gibt freudig, weil die Mittel unmittelbar ihrem Zweck zugeführt werden. Es entstehen keine Verwaltungskosten, da alle Arbeit, auch die Verwaltungsarbeit, unentgeltlich geleistet wird.

Diese Selbsthilfe entstand so: Vor zwei Jahren tauchte in Frankfurter Neubausiedlungen, in denen den Arbeitslosen die Mietleistung zu schwer wurde, der Gedanke auf, eine Entlastung durch rationelle Organisation der Ernährung zu suchen. Ein Küchenverein wurde gegründet und die Nachbarschaft um Förderung angegangen. Alle halfen zusammen. Auch die Wohnbaugesellschaft tat mit. Im Laufe des Jahre 1931 entstanden in Frankfurt 25 solcher Gemeinschaftsküchen, jede auf dem lokalen Küchenverein und der Organisation der Nachbarhilfe begründet. Eine Dachorganisation erwies sich als notwendig, um Material und Mittel in größerem Maße zu beschaffen, den Einkauf zu organisieren, die Kontrolle und Revision durchzuführen und die Einheitlichkeit der Einrichtung sicherzustellen. Sie ist vor allem auch nötig, um in besonders armen Bezirken einzuspringen.

Die Frankfurter Notspeisung wird heute so gut wie ausschließlich von dem „Verein Erwerbslosenküchen" organisiert. In Berlin hat die „Notgemeinschaft zur Errichtung von Küchen und Heimen für Erwerbslose" in kurzer Zeit 15 Küchen begründet und außerdem Versuche mit anderen genossenschaftlich geführten Einrichtungen, Tagesheimen, Werkstätten, Lebensmittelverteilung unternommen. Auch über die eben eingeleitete Küchenaktion der Hamburger „Erwerbslosen-Selbsthilfe" liegt ein günstiger Bericht vor.

Das Essen ist ausgezeichnet. Im allgemeinen werden Zweitopfgerichte gekocht. In der Regel wird nicht in der Küche gespeist, sondern in die Familie abgeholt. Die Selbstkosten betragen etwa 23 Pf. Die Erwerbslosen zahlen in Frankfurt 10, in Berlin 15 Pf. für die Portion.

Entscheidend für den Erfolg der Selbsthilfe ist die Auswahl der richtigen Personen. Dies gilt sowohl für den Dachverein wie für die lokalen Arbeitsgemeinschaften. Die Freiwilligkeit erweist sich auch hier fruchtbar. Die Zusammenarbeit verdrängt die sonstigen Gegensätze. Praktisch vor die Entscheidung gestellt zwischen Debatte und Arbeit, entscheiden sich die Erwerbslosen für die Arbeit.

Krankenfürsorge im „Wohlfahrtsstaat"

Der Vorwärts (Abendausgabe) vom 7. Dezember brachte folgende Zuschrift:

„Seit über 20 Jahren bin ich in einem Betrieb beschäftigt, der eine eigene Betriebskrankenkasse hat. In dieser Zeit habe ich immer die höchste Beitragsklasse bezahlt. Da jetzt infolge der Krise einige Wochen kurz gearbeitet wurde, ist auch mein Krankenkassenbeitrag geringer geworden. Durch einen Berufsunfall bin ich aufs Krankenlager geworfen und bekomme nun laut Notverordnung die niedrigste Unterstützung. Eine derartige Auslegung des Versicherungsvertrags verstößt direkt gegen die guten Sitten. Nun müßte doch, zumal bei Unfällen, den Jahresdurchschnitt der Beitragsleistung zugrunde legen und nicht den letzten Wochenbeitrag. Ich war vom dritten Mobilmachungstage an im Felde, bin verwundet worden und habe mein Gehör fast eingebüßt. Ich habe noch keinen Pfennig aus öffentlichen Mitteln bekommen, da ich bis jetzt meine Familie mit meiner Hände Arbeit ernähren konnte. Nun aber, wo ich aus meinem Beruf gerissen bin, kommt der Dank des Vaterlandes durch die Notverordnung, die der Krankenkasse verbietet, meiner Familie mehr auszuzahlen als wöchentlich 10,50 M Krankengeld. Nach Abzug meiner Wohnungsmiete von 39 M bleiben für den gesamten Lebensunterhalt für meine Frau, für mich und mein Kind von 13 Jahren wöchentlich eine Mark. Jetzt muß ich als Krankenversicherter bei der Wohlfahrt betteln."

Die Kennzeichnung der Notverordnungspolitik durch den Einsender ist so treffend, daß wir uns dazu jedes Wort sparen können. Bei dieser Gelegenheit sei aber darauf aufmerksam gemacht, daß es eine, wenn auch geringe Möglichkeit gibt, sich erworbene höhere Ansprüche aus der Krankenversicherung auch dann zu sichern, wenn der Lohn vorübergehend gesenkt wird. Nach § 382 der Reichsversicherungsordnung kann die Satzung der Kasse gestatten, daß Versicherte, die vorübergehend einen geringeren Lohn beziehen, in ihrer alten höheren Lohnstufe versichert bleiben, wenn sie den Mehrbetrag des Beitrages selbst übernehmen oder der Arbeitgeber zustimmt. Die meisten Krankenkassen haben eine entsprechende Bestimmung getroffen. Der Versicherte kann sich also durch eine Meldung bei der Kasse die alten höheren Ansprüche sichern. Es ist allerdings zuzugeben, daß viele Versicherte bei den gekürzten Löhnen nicht in der Lage sein werden, die höheren Beiträge aufzubringen.

Schriftenschau

Dreißig neue Erzähler des neuen Deutschlands. Eine Sammlung guter Prosa aus der Gegenwart. Herausgegeben und eingeleitet von Wieland Herzfelde. Leinenband 3,75 M. Malik-Verlag in Berlin W 50. — In dieser Sammlung sind 30 Schriftsteller mit je einer Kurzgeschichte vertreten, die aus der Zeit geschöpft ist und das Volksschicksal darstellt. Es ist Kritik und Kampf. Die Ereignisse sind klar gesehen und gut dargestellt. Sie gipfeln in dem Verlangen nach menschenwürdigen Lebensformen und einer glücklicheren Zukunft.

Klasse im Kampf. Von Karl Schröder. Preis 2,70 M. Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61. — Der Verfasser, der uns aus dem Werk „Aktiengesellschaft Hammerlugk" bekannt ist, legt diesem Buch den Berliner Metallarbeiterstreik vom Jahre 1930 zugrunde. Um es vorneweg zu sagen, dieses Buch enttäuscht. Schröder hat eine fabelhafte Gabe, die Dinge, die er gesehen, lebenswahr zu schildern. Wenn er eine Demonstration schildert, so vermag er sie so packend zu gestalten, daß der Leser plötzlich mitten in der Bewegung steht. Aber dann läßt ihn Schröder auch stehen, denn über die Milieuschilderung hinaus hat er wenig zu geben. Er faßt hundert Probleme an, aber bei keinem kommt er zu einem klaren Schluß. Der suchende Leser, der durch die wirtschaftlich-politischen Ereignisse in Verwirrung geraten ist, findet hier wirklich keinen Führer. Der Verfasser hat eine eigene Tendenz, er weiß auch sehr geschickt einen „Gewerkschaftsbonzen" zu schildern, schnüffelt ihm sogar bis in seine Häuslichkeit und noch ein Stückchen unter seiner Weste nach, daß darob der bekannte Felix Riemenkasten ob seines „Bonzen" vor Neid erblassen könnte. Es macht sich sehr nett, besonders in der Jetztzeit, so reizende Schilderungen aus einer erdichteten Bonzenvilla zu bringen und im nächsten Abschnitt etwas bemitleidend in das Heim eines kurzarbeitenden Industriearbeiters

500 Familien
von Gewerkschaftern und Parteigenossen, deren Ernährer eingesperrt, verwundet oder getötet sind, benötigen in der nächsten Zeit Unterstützung. Wir müssen ihnen helfen.
Einer von uns
Du wirst dich nicht beschämen lassen!
Einzahlungen an das Postscheckkonto Nr. 141528 Berlin der Bank der Arbeiter Berlin, Depositenkasse 3, für Konto Nr. 632 („Gefangenen- und Verwundetenhilfe") oder an die örtlichen Sammelstellen der Arbeiterwohlfahrt.

Arbeitsanzüge
Sehr gutes schweres Blaulich 3.90
sehr guter schwerer Köperdrell 5.10
allerschwerster unverwüstl. Riesendrell 6.50
blau grau farbig
Jacke 2 Seiten-, 1 Brusttasche, Hose 2 Taschen, Verband Nachnahme, Versand frei — ab M 30 franco — Bahn Lieferung garant. Preis Nichtpassendes frei
MERGLER & CO
Mech. Berufskleiderfabrik WÜRZBURG 104

Werkzeuge aller Art!
Werkzeugliste gratis.
Westfalia Werkzeugcomp.
Hagen i. W. 102.

Kollegen!
Lest die neue Betriebsräte-Zeitschrift

Anzeigenverwaltung: „Werbe" G. m. b. H., Berlin SW 11, Stresemannstraße 42 — Postscheckkonto Berlin 36516 — Drahtanschrift: „Werba-Blätter", Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Alfred Lussheimer, Berlin SW 11
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155